

2020

SCHULDENREPORT

SCHULDENREPORT 2020

Auf einen Blick

Die globale Schuldenkrise erfasst immer mehr Länder des Globalen Südens. Sie gefährdet die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen. Gleichzeitig leiden viele überschuldete Staaten massiv unter den Folgen des Klimawandels. Der erdrückende Schuldendienst erschwert dringend notwendige Anpassungsmaßnahmen.

Verschuldung weltweit: 124 von 154 untersuchten Entwicklungs- und Schwellenländern sind kritisch verschuldet. Besonders kritisch ist die Verschuldungssituation in Bhutan, der Mongolei, Sri Lanka, Dschibuti, Kap Verde, Mosambik, Sudan, Argentinien, El Salvador, Jamaika, Libanon und Kirgisistan. Absolut beträgt die Auslandsverschuldung aller betrachteten Länder 7,81 Billionen US-Dollar.

- **Länder im Zahlungsausfall:** 19 Staaten haben aktuell die Zahlungen an ihre ausländischen Gläubiger ganz oder teilweise einstellen müssen.
- **Risikofaktoren für drohende Verschuldung:** Die Differenz zwischen den niedrigen Zinsen im Norden und höheren Erträgen im Süden befeuert den Kapitalexport weiter. Ein hoher Infrastrukturbedarf im Süden, die Abhängigkeit von wenigen exportierten Rohstoffen und eine schwache Regierungsführung in einigen Ländern des Südens verstärken die Tendenz zu einer untragbaren Verschuldung.
- **Klimawandel verstärkt Schuldenkrise:** Der Klimawandel und die dadurch immer häufiger und heftiger auftretenden Katastrophen stellen eine besondere Bedrohung für hoch verschuldete Länder dar. Kleine Inselstaaten im Pazifik und in der Karibik sowie die Staaten der Sahelzone sind besonders betroffen. Eine Vereinbarung zur Entschädigung der Opfer des Klimawandels durch seine Verursacher existiert noch immer nicht.
- **Entschuldungsverfahren fehlt:** Ein international koordiniertes Verfahren zur Bewältigung neuerlicher Schuldenkrisen gibt es nicht. Dadurch werden Schuldenkrisen verschleppt. Die Kosten tragen die Menschen in den betroffenen Ländern.
- **China und weitere „nicht-traditionelle Gläubiger“:** Um eine Schuldenkrise bewältigen zu können, müssen die Gläubiger sich untereinander und mit dem Schuldner verständigen. In der aktuellen Schuldenkrise erschweren die zunehmende private Kreditvergabe und die Stellung Chinas, das für viele Schuldnerländer mittlerweile der bedeutendste Gläubiger ist, die Koordination.

Empfehlungen an die Bundesregierung:

- Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass Naturkatastrophen nicht zu Schuldenkrisen in armen Ländern führen. Dazu sollte sie sich bei den Klimaverhandlungen ebenso wie im *Financing for Development*-Prozess der Vereinten Nationen (UNO) und im Internationalen Währungsfonds (IWF) für die Schaffung einer Entschuldungsoption zugunsten von Ländern, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, einsetzen. Diese sollte aus einem Schuldenermoratorium und einer alle Forderungen umfassenden Umschuldung bestehen.
- Um das System der internationalen Kreditvergabe und die damit verbundenen Schuldenrestrukturierungen für Gläubiger wie Schuldner berechenbarer zu machen, sollte aus solchen Einzelfall-Entscheidungen ein effizientes und rechtsstaatliches Staateninsolvenzverfahren für hoch verschuldete und zahlungsunfähige Staaten werden.
- Die Bundesregierung sollte dazu regionale Initiativen wie sie die Gruppe der Niedrigeinkommensländer und die Karibische Staatengemeinschaft in der UNO angeregt haben, aktiv politisch unterstützen.

Überschuldete Staaten weltweit

Die Weltkarte zeigt die Verschuldungssituation verschuldeter Länder im Globalen Süden, den Trend und die Zahlungseinstellungen



IMPRESSUM

Schuldenreport 2020

Eine gemeinsame Publikation von
erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e.V.
und Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V.

erschienen am 27. Januar 2020

Redaktion:

Dr. Nina Brodbeck
Jürgen Kaiser
Mara Liebal, V. i. S. d. P.
Kristina Rehbein
Dr. Klaus Schilder

Layout und Satz:

Mara Liebal

Weltkarte und Grafiken:

GRIP.S medien GmbH&Co.KG

Bestellung und Information:

erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e. V.
Carl-Mosterts-Platz 1
40477 Düsseldorf
Tel.: 0211 /4693-196
E-Mail: buero@erlassjahr.de
www.erlassjahr.de

Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e. V.
Mozartstraße 9
52064 Aachen
Tel.: 0241 /442-0
Fax: 0241 /442-188
E-Mail: info@misereor.de
www.misereor.de

Links:

Alle verwendeten Hyperlinks wurden nach bestem Wissen und Gewissen geprüft. Abrufdatum war der 30. November 2019. Trotz sorgfältiger Prüfung können wir keine Verantwortung für externe Verweise übernehmen.

Druck:

Druckerei Conrad GmbH

AUTORINNEN UND AUTOREN

Jürgen Kaiser ist Politischer Koordinator bei erlassjahr.de. Seit ihren Anfängen in den neunziger Jahren ist er Teil der Entschuldungsbewegung und war maßgeblich an der Kampagne zur Durchsetzung der Initiative für hoch verschuldete Staaten beteiligt. Derzeit verantwortet er die Advocacy-Arbeit und die inhaltliche Ausrichtung des Bündnisses.

Kristina Rehbein ist als Politische Referentin bei erlassjahr.de für die Geschäftsführung, die nationale und internationale Vernetzung sowie die politische Arbeit zur Region Subsahara-Afrika zuständig. Sie vertritt erlassjahr.de im Vorstand des *European Network on Debt and Development* (EURODAD) und vernetzt erlassjahr.de mit zivilgesellschaftlichen Entschuldungsbewegungen weltweit.

Wir danken **Anna Dirksmeier** (Pakistan-Referentin, MISEREOR), **Selina Orsi-Coutts** (MISEREOR-Verbindungsstellenleiterin für Kenia) und **Kesuma Saddak** (Sri-Lanka-Referentin, MISEREOR) für ihre Mitarbeit bei den Klima-Steckbriefen.

erlassjahr.de wird institutionell gefördert von



mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdienstes



und etwa 600 weiteren Mitträgerorganisationen.

INHALT

Die globale Schuldenkrise in Zeiten des Klimawandels	6
Vorwort – von Pirmin Spiegel und Eva-Maria Hartmann	
Verschuldete Staaten weltweit	8
von Jürgen Kaiser	
Deutschland als Gläubiger des Globalen Südens	18
von Jürgen Kaiser	
Zwischen Weltschmerz und Schlafwandeln: wie Staaten weltweit unvorbereitet in die nächste Schuldenkrise geraten	20
von Kristina Rehbein	
Wenn der Klimawandel zur Schuldenfalle wird: mit Schuldenerlass Schäden und Verluste bewältigen	25
von Jürgen Kaiser	

VORWORT

Die globale Schuldenkrise in Zeiten des Klimawandels



Pirmin Spiegel ist seit 2012 Hauptgeschäftsführer und Vorstandsvorsitzender von MISEREOR. Er studierte Theologie und Philosophie und wurde 1986 zum Priester geweiht.

Sri Lanka, Dschibuti, Kap Verde oder Mosambik, immer mehr Länder im Globalen Süden sind hoch verschuldet. Mit besorgniserregenden Folgen gerade für die arme Bevölkerung. Denn die fortschreitende Überschuldung von Staaten trägt zu Armut und Ungleichheit bei. Es fehlt Geld für eine ausreichende Gesundheitsvorsorge oder für ein Bildungssystem, das für alle zugänglich ist. Nun kommt eine weitere Gefahr hinzu: Der Klimawandel und seine gefährlichen Folgen bedrohen einmal mehr die Ärmsten der Armen. MISEREOR-Partner aus Sri Lanka und Pakistan etwa berichten von einer immer früher und heftiger einsetzenden Regenzeit, von todbringenden Erdbeben und dürrebedingten Ernteausfällen. Vor allem Menschen, die von der Landwirtschaft leben, bekommen die Auswirkungen des fortschreitenden Klimawandels zu spüren. Aber auch die Bewohner und Bewohnerinnen von Armenvierteln in den Städten sind besonders verletzlich, denn sie siedeln in ihrer Not oft in besonders gefährlichen Gebieten – etwa an Steilhängen oder in den Überschwemmungsgebieten von Flüssen (siehe *Klimasteckbriefe*, S. 29-31).



Eva-Maria Hartmann ist seit vielen Jahren haupt- und ehrenamtlich im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen aktiv. Seit 2015 ist die pensionierte Biologie- und Chemielehrerin Mitglied im Vorstand von *erlassjahr.de*.

erlassjahr.de und MISEREOR haben diese „doppelte Verwundbarkeit“ zum Thema des Schuldenreports 2020 gemacht. Denn in vielen Ländern des Globalen Südens gehen soziale, politische und ökologische Krisen Hand in Hand mit einem Zusammenbruch der Zahlungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte. Der Schuldenreport 2020 zeigt, wie sich die Schuldenspirale in immer mehr Ländern des Globalen Südens immer schneller dreht – trotz aller Warnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) („*Verschuldete Staaten weltweit*“, S. 8). Werden diese Länder zusätzlich von Katastrophen getroffen, entsteht ein Teufelskreis: Die Staaten verschulden sich weiter und/oder sparen bei den Ärmsten. Damit wiederum werden diese immer anfälliger für die Auswirkungen des Klimawandels. Wie gesagt, ein Teufelskreis, zumal die Gläubiger oft Länder im Globalen Norden sind, die maßgeblich zum Klimawandel beitragen, während Arme, die unter den Folgen leiden, am wenigsten dazu beitragen.

Papst Franziskus weist mit seiner Enzyklika „*Laudato si*“ auf eben diesen Teufelskreis hin. Er spricht von den ökologischen Schulden des Nordens beim Süden und fordert für deren Begleichung unter anderem den Erlass von Schulden. Die Dringlichkeit zum raschen und international abgestimmten Handeln ist in der Politik noch nicht angekommen. Nur sehr langsam wird ein Umdenken erkennbar. Dabei wäre es an der Zeit, jenen stark verschuldeten Staaten, die von den Folgen des menschengemachten Klimawandels betroffen sind, endlich ein Ende der erdrückenden Schuldenlast in Aussicht zu stellen. In „*Wenn der Klimawandel zur Schul-*

**Die Krise hält an,
es sind sogar noch
weitere Länder
hinzugekommen.**

denfalle wird“ (S. 25) zeigt Jürgen Kaiser, wie hochverschuldete Länder, die von den Folgen des Klimawandels bedroht sind, von der Schaffung einer Entschuldungsoption profitieren und damit fiskalpolitische Spielräume zur Krisenbewältigung zurückgewinnen würden.

Die Analyse der weltweiten Verschuldungssituation macht deutlich: Die Krise hält an, es sind sogar noch weitere Länder hinzugekommen. Der Schuldenreport 2020 zeigt, dass die kritische Verschuldung inzwischen 124 Länder weltweit erfasst hat, zwei mehr als im vergangenen Jahr. Subsahara-Afrika und Lateinamerika weisen die kritischsten Trends auf (vgl. „Verschuldete Staaten weltweit“, S. 8). Und: Waren in den vergangenen Jahren lediglich kleine Staaten zahlungsunfähig, befindet sich nun mit Argentinien das erste wirtschaftliche Schwergewicht im teilweisen Zahlungsausfall.

Wie Kristina Rehbein in ihrem Artikel „Zwischen Weltschmerz und Schlafwandeln“ (S. 20) zeigt, weist die Diskussion über globale Schuldenkrisen einige Parallelen zum Umgang mit dem Klimawandel auf: Mutige und rechtsverbindliche Schritte der internationalen Gemeinschaft sind notwendig, um diese globalen Herausforderungen zu bewältigen und die Lasten von den wirtschaftlich schwachen auf die leistungsfähigeren Staaten umzuverteilen. Schließlich sind es wie gesagt weiterhin vor allem Regierungen und Unternehmen in Ländern des Nordens, deren Wohlstand von Kreditgeschäften im Globalen Süden abhängt und die von einem Wachstum bei kaum gebremstem CO₂-Ausstoß profitieren. Statt hier Verantwortung zu übernehmen, beschränken sich die politisch Verantwortlichen, darunter die deutsche Bundesregierung und der IWF, auf kleine Einzelmaßnahmen. Diese weisen zwar in die richtige Richtung, leisten aber nur recht überschaubare Beiträge zur Abfederung der globalen Schuldenkrise. Dieses Vorgehen erinnert stark an die Politik der kleinen und zu kurz geratenen Schritte, wie sie in den Beschlüssen des Klimakabinetts zum Ausdruck kommt.

Die Menschheit hat sich mit den Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDG) und dem Pariser Klima-Abkommen ambitionierte Ziele für eine Zukunft gesetzt, in der alle Menschen in Würde und in den ökologischen Grenzen des Planeten leben können. Angesichts der Schuldenkrise stellt sich für immer mehr Länder, gerade im Globalen Süden, die Frage, ob diese Ziele jemals erreicht werden können.

Eine anregende Lektüre wünschen Ihnen
Eva-Maria Hartmann und Pirmin Spiegel

Verschuldete Staaten weltweit

Aktuell sind 124 Entwicklungs- und Schwellenländer in Asien, Afrika, Osteuropa und Lateinamerika kritisch verschuldet.

Von Jürgen Kaiser

Die Schulden von Entwicklungs- und Schwellenländern bei Banken, Anlegern, Staaten und multilateralen Finanzinstitutionen steigen weiter – sowohl absolut als auch im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung. Aktuell weisen 124 Entwicklungs- und Schwellenländer eine kritische Verschuldungssituation auf. Der Kapitalexport aus den Niedrigzinsländern des Globalen Nordens ist weiterhin die wichtigste treibende Kraft für die Verschuldung im Süden.

Seit vielen Jahren weisen erlassjahr.de und MISEREOR im Schuldenreport auf die Gefahr hin, dass die beständig steigenden Schuldenindikatoren vieler Länder zwangsläufig zu einer neuen Schuldenkrise führen werden, ähnlich derjenigen nach dem Mexiko-Schock 1982 oder der Asienkrise von 1998. Neu ist, dass auch globale Finanzinstitutionen wie der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank vor einer neuen Schuldenkrise warnen, wie zuletzt bei der gemeinsamen Jahrestagung im Oktober 2019.

Ein entschlossenes und konsequentes Krisenmanagement scheitert indes daran, dass bis zum Moment der Zahlungseinstellung Gläubiger wie Schuldner die Illusion hegen können, eine eigentlich offensichtliche Krise sei noch zu vermeiden. Zurückzuführen ist dies zum einen auf das unmittelbare Interesse der reichen Länder, den Schuldendienst aufrechtzuerhalten; zum anderen ist es tatsächlich schwierig, klare Kriterien für eine nicht mehr tragfähige Verschuldung zweifelsfrei

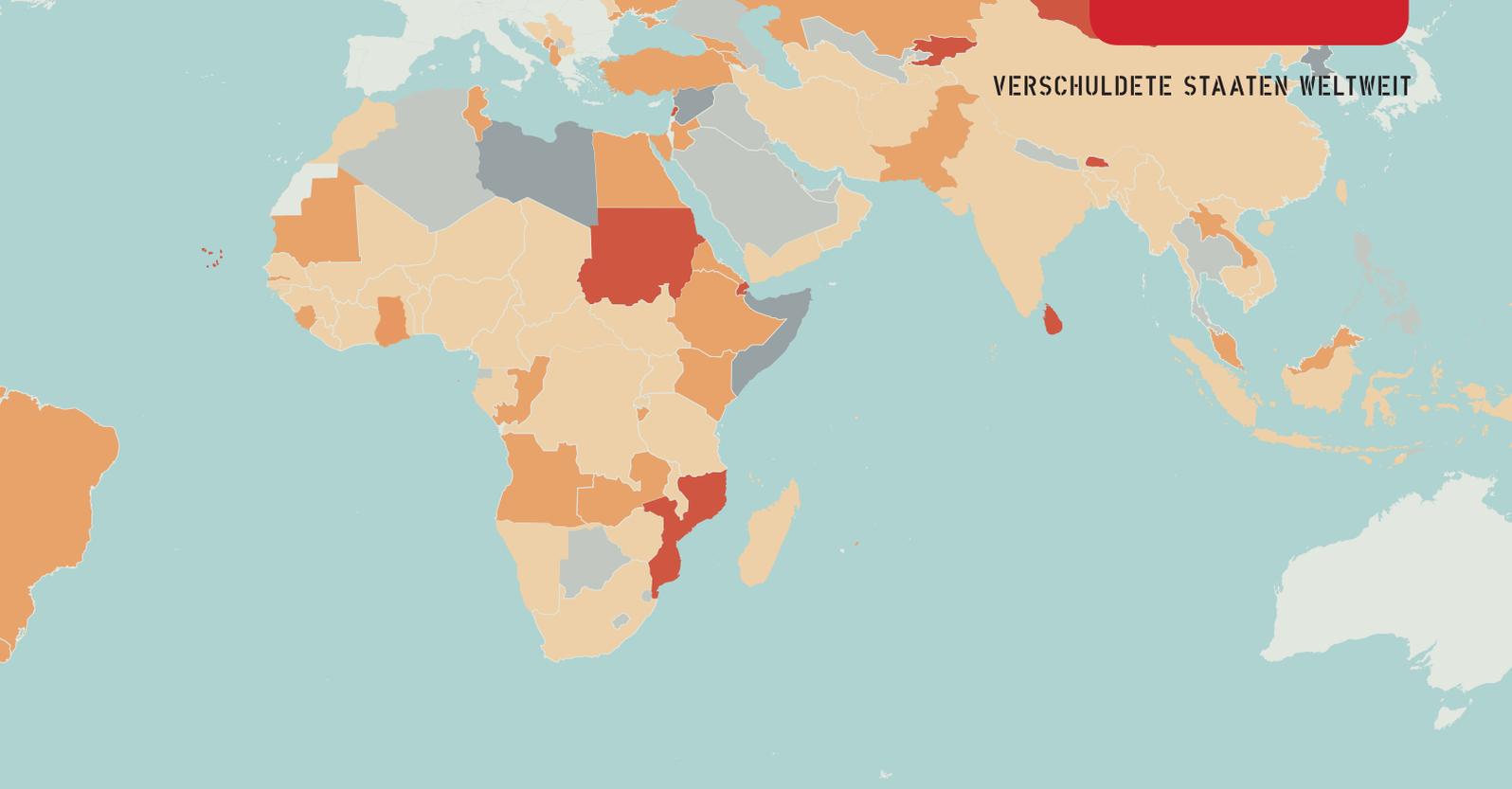
zu bestimmen. Gläubiger wie Schuldner können lediglich so genau wie möglich den Charakter und die mögliche Reichweite eines sich aufbauenden Schuldenproblems analysieren.

Um Schuldenkrisen zu identifizieren, verwendet der Schuldenreport deshalb, so wie die internationalen Institutionen auch, eine Kombination aus mehreren Indikatoren, die entweder die Gesamtverschuldung des Staates im In- und Ausland oder die gesamte Auslandsverschuldung des öffentlichen und des privaten Sektor eines Landes beschreiben (siehe Abb. 1).

Globale Schuldenstände und Schuldenstruktur

Ende 2018 beliefen sich die Auslandsschulden aller Entwicklungs- und Schwellenländer, für die der Weltbank Daten vorliegen, auf 7,81 Billionen US-Dollar. Allerdings sind für die Diskussion über die akute Verschuldung und mögliche Schuldenerleichterungen nur die Schulden von Belang, die eine Laufzeit von mindestens einem Jahr aufweisen. Diese langfristigen Schulden betragen 5,505 Billionen US-Dollar. Davon entfallen 2,935 Billionen US-Dollar entweder auf öffentliche Einrichtungen der Schuldnerländer oder auf private Schuldner, die für ihre Verbindlichkeiten eine Staatsgarantie erhalten konnten. 2,570 Billionen US-Dollar entfallen auf private Schuldner ohne öffentliche Absicherung.

Die Auslandsschulden aller Entwicklungs- und Schwellenländer belaufen sich auf 7,81 Billionen US-Dollar.



Auf der Gläubigerseite sind die Staatsschulden und Staatsgarantien der Entwicklungs- und Schwellenländer im Umfang von 1,103 Billionen US-Dollar öffentlichen Gläubigern geschuldet, davon 667 Milliarden multilateralen Finanzinstitutionen wie der Weltbank und dem IWF, aber auch regionalen Entwicklungsbanken. Die restlichen 437 Milliarden US-Dollar bestehen gegenüber bilateralen öffentlichen Gläubigern, also gegenüber anderen Staaten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit oder für vom Staat verbürgte Handelsgeschäfte.¹ Von den öffentlichen Schulden bei ausländischen Privatgläubigern in Höhe von 1,832 Billionen US-Dollar entfallen 1,393 Billionen US-Dollar auf Anleihezeichner und 439 Milliarden US-Dollar auf klassische Bankkredite.

Private Schuldner aus Entwicklungsländern erhalten Kredite in nennenswertem Umfang ausschließlich von ebenfalls privaten Kreditgebern. Die genannten 2,570 Billionen US-Dollar entfallen hier zum größeren Teil auf Bankkredite (2,086 Billionen US-Dollar) und nur zum kleineren Teil (484 Milliarden US-Dollar) auf Anleihen, die diese privaten Unternehmen und Banken am internationalen Kapitalmarkt platziert haben.

Von Ende 2014 bis Ende 2018 haben sich die Auslandsschulden aller Entwicklungs- und Schwellenländer in allen genannten Bestandteilen ausnahmslos erhöht. Allerdings sind die Auslandsschulden der öffentlichen Einrichtungen schneller gewachsen als die der privaten Schuldner (siehe Abb. 2, S. 10). Auch innerhalb der einzelnen Gläubi-

Die Auslandsschulden der öffentlichen Einrichtungen sind schneller gewachsen als die der privaten Schuldner.

Abb. 1: Schuldenzusammensetzung

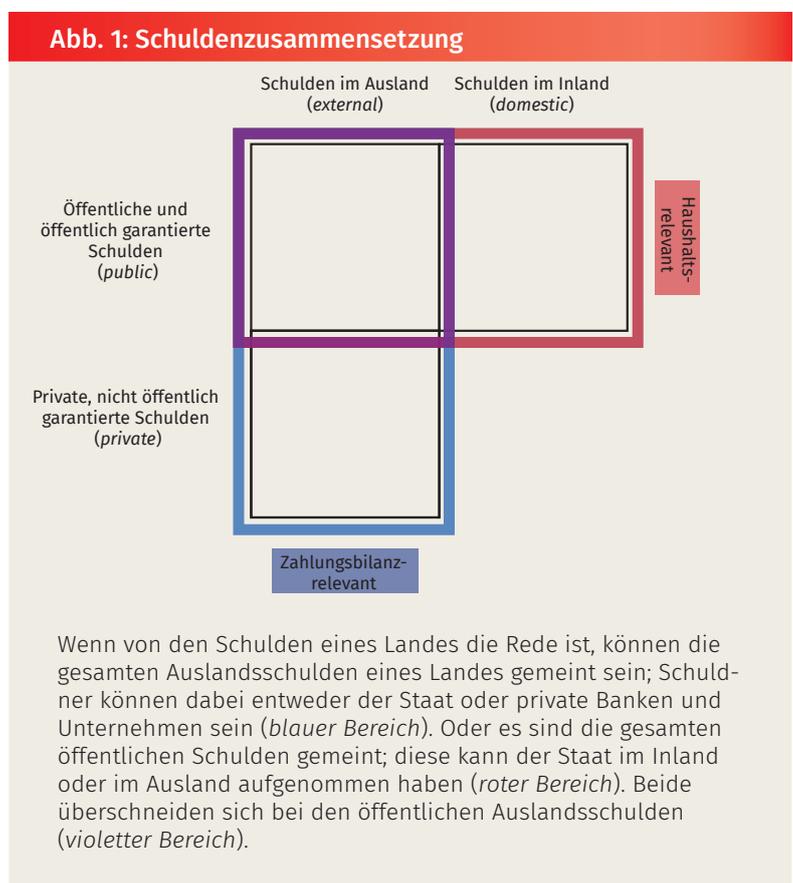
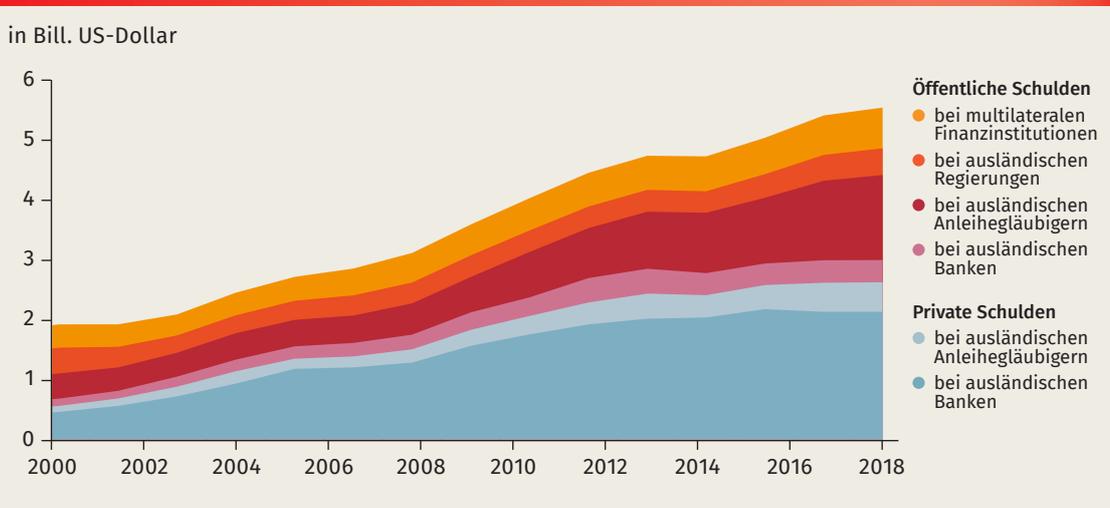


Abb. 2: Öffentliche und private Auslandsschulden nach Gläubigergruppen (2000–2018)



gergruppen gibt es Unterschiede: Zurückgegangen sind die Schulden bei den traditionellen westlichen Gläubigern. Zugenommen haben die Schulden bei den nicht-traditionellen Kreditgebern, insbesondere bei China, und die Schulden bei privaten Gläubigern.

Um rund 50 Prozent schneller gestiegen als die gesamte Auslandsverschuldung ist die öffentliche Verschuldung von Entwicklungs- und Schwellenländern im In- und Ausland. Darin spiegelt sich der starke Trend zur inländischen Kreditaufnahme in einheimischer Währung, zu der zahlreiche Regierungen gegriffen haben, um Währungsrisiken auszuschalten. In einigen Fällen haben sie dabei Zwangsmittel angewendet, etwa wenn nationale Banken verpflichtet wurden, einen Teil ihrer Rücklagen in Form von Staatsanleihen zu halten, oder die Zentralbank zum Kauf solcher Anleihen gezwungen wurde. Infolge dessen weisen die Länder häufig eine gegenüber der gesamten Auslandsverschuldung überproportional ansteigende öffentliche Verschuldung auf.²

Betroffene Regionen

Von den 154 untersuchten Entwicklungs- und Schwellenländern überschreiten 124 in einem oder mehreren der fünf Schuldenindikatoren mindestens den untersten Grenzwert oder wurden vom IWF als Länder mit mindestens mittlerem Überschuldungsrisiko eingestuft. Die 124 Länder übersteigen durch-

schnittlich 4,5 der insgesamt 15 Grenzwerte für alle fünf Indikatoren was einer Einordnung zwischen den Kategorien „leicht kritisch“ und „kritisch“ verschuldet entspricht (siehe Box: Methodik zum Artikel „Verschuldete Staaten weltweit“, S. 16). Der Trend ist zudem negativ: Die Zahl der Verschlechterungen übersteigt die der Verbesserungen im Schnitt um 1,9. Sowohl hinsichtlich der Verschuldungssituation als auch des Trends zur Verschärfung der Situation unterscheiden sich die fünf Weltregionen deutlich voneinander (siehe Abb. 3 und 4). Im detaillierten Blick auf die fünf Regionen

- entspricht **Europa/GUS** sowohl bei der Schuldenhöhe als auch beim Trend am ehesten dem weltweiten Durchschnitt;
- weist **Asien/Pazifik** sowohl unterdurchschnittliche Schuldenhöhen als auch einen gegenüber dem weltweiten Durchschnitt etwas weniger problematischen Trend auf;
- liegt in **Lateinamerika/Karibik** die Schuldenhöhe leicht über, der Trend aber leicht unter dem Durchschnitt;
- gibt es in der zahlenmäßig sehr kleinen **Nordafrika/Nahost**-Gruppe überhaupt keine Verbesserungen, aber ein noch leicht unterdurchschnittliches Schuldenniveau;
- weist **Subsahara-Afrika** die meisten kritisch verschuldeten Ländern auf und verzeichnet insgesamt einen überdurchschnittlich problematischen Trend.

Selbstverständlich ist die Situation nicht in allen Regionen in der beschriebenen Weise einheitlich, vielmehr gibt es spürbare Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern innerhalb jeder Region, die Tabelle 1 (auf der hinteren Umschlagseite) aufzeigt.

Alte Krisenländer

Ende 2019 befanden sich 19 Länder weltweit im Zahlungsausfall (siehe Tab. 2, S. 12). Sie gehören mit seit mindestens fünf Jahren anhaltenden Zahlungseinstellungen zu den „üblichen Verdächtigen“ der globalen Schuldenkrise. Von ihnen sind mit Somalia, Eritrea und Sudan drei Länder noch für die Entschuldung unter der *Heavily Indebted Poor Countries* (HIPC)-Initiative³ vorgesehen. Sie können in naher Zukunft noch in den Genuss einer weitreichenden Entlastung kommen, sofern die politischen Voraussetzungen dafür erfüllt sind.

Somalia hat gute Chancen auf eine Schuldentlastung in naher Zukunft.

Am weitesten fortgeschritten auf diesem Weg ist Somalia: Nach Jahrzehnten des Bürgerkriegs weist das Land inzwischen wieder eine einigermaßen funktionierende Staatlichkeit auf; auch sind Gespräche mit den multilateralen Finanzinstitutionen so weit fortgeschritten, dass das nächste IWF-Programm im kommenden Jahr die erste Voraussetzung für eine umfassende Schuldenstreichung unter der HIPC-Initiative erfüllen könnte.⁴

Im Sudan dagegen steht dieser Prozess noch am Anfang. Dass es auch auf der Gläubigerseite ein starkes Interesse an einer Bereinigung der Alt-schulden gibt, zeigte sich unter anderem an dem Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, in Paris eine Schuldenkonferenz für den Sudan einzuberufen, sobald die USA das Land nach der Konsolidierung des Übergangs von der Diktatur des Präsidenten Al-Bashir zu einem demokratischen Staatswesen von der Liste der Terror-Unterstützer streichen.⁵ In Eritrea hat der Friedensschluss mit Äthiopien Hoffnungen auf Bewegung in der Schuldenfrage geweckt. Die außenpolitische Entspannung hat sich bislang aber noch nicht in einer Demokratisierung des Landes niedergeschlagen.

Das langzeitverschuldete Simbabwe war nicht für die HIPC-Initiative qualifiziert, weil es Mitte der neunziger Jahre nicht als Niedrigeinkommenland galt. Als seine Schuldenkrise sich zuspitzte, war ihm von seinen Gläubigern immer wieder Hoffnung gemacht worden, es könne eine umfassende, HIPC-ähnliche Schuldenreduzierung erhalten, sobald die innenpolitischen Voraussetzungen dafür gegeben seien. Sondierungen des simbabwischen Schuldennetzwerks ZIMCODD unter Gläubigerregierungen im Sommer 2019 ergaben, dass seitens der deutschen Bundesregierung und weiterer Länder zwar ein spürbares Interesse an einer Entlastung des Landes gibt. Jedoch hat sich das innen-

Abb. 3: Kritisch verschuldete Länder (nach Region u. weltweit)

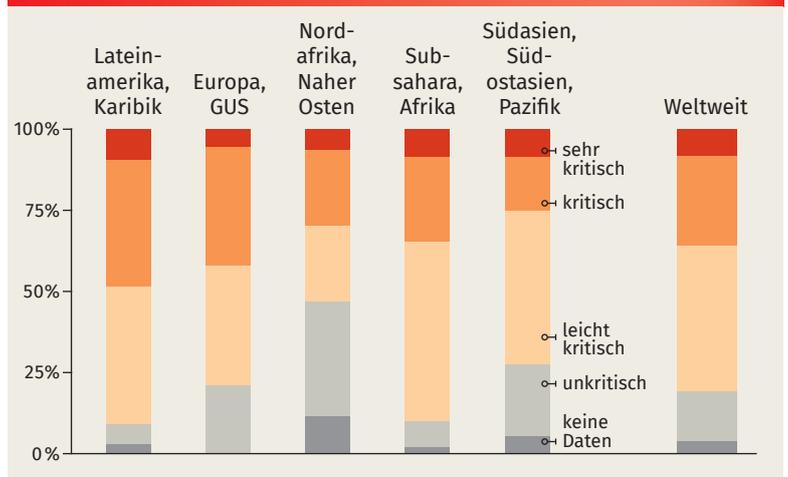
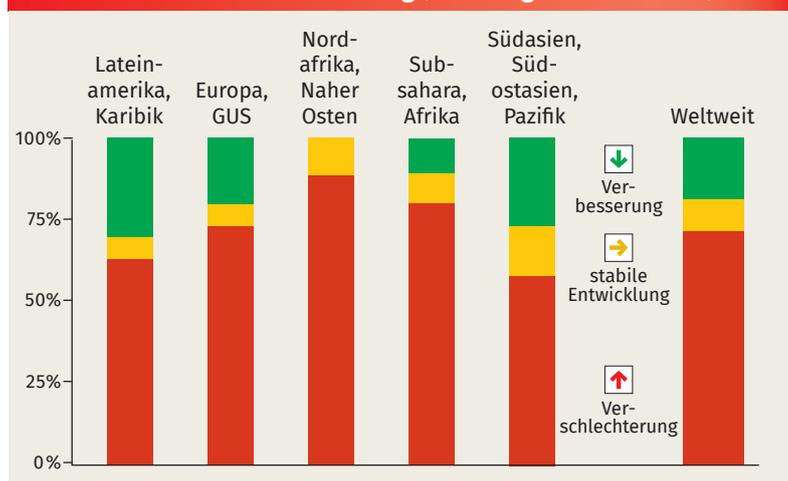


Abb. 4: Trend der Verschuldung (nach Region u. weltweit)



politische Klima seit der Machtübernahme durch Präsident Emmerson Mnangagwa 2017 erneut verschärft, so dass zumindest kurzfristig eine Schuldenentlastung wenig realistisch ist. Zudem wäre auch nach Ansicht von ZIMCODD zweifelhaft, ob eine Entlastung tatsächlich den einfachen Menschen und damit den Hauptleidtragenden der jahrzehntelangen Misswirtschaft zugutekommen würde. Bis zu einer solchen Initiative verbleibt Simbabwe in einer Situation des Zahlungsausfalls und damit ohne geregelten Zugang zu internationalen Krediten.

Mit Kambodscha, der Ukraine und dem Irak weisen drei Länder teilweise sehr alte Schulden gegenüber den USA, Russland und Kuwait auf, die jedoch zwischen Schuldner- und Gläubigerseite

umstritten sind. Diese Schulden stellen derzeit keine unmittelbare wirtschaftliche Bedrohung für diese Länder dar. Sie könnten aber zu einem Problem werden, wenn die Gläubiger entweder selbst versuchten, ihre Forderungen einzuklagen, oder sie an aggressive institutionelle Investoren, so genannte „Geierfonds“, verkauften, die sie dann in voller Höhe (zumeist vor US-amerikanischen Gerichten) einklagten und derart erreichte Urteile in Auslandsvermögen der betroffenen Staaten zu vollstrecken suchten.

Geierfonds könnten Kambodscha, die Ukraine und den Irak in eine Schuldenkrise stürzen.

Einige weitere Länder, die sich vor einem Jahr noch im gänzlichen oder teilweisen Zahlungsausfall befanden, konnten mittlerweile Vereinbarungen mit ihren zumeist privaten Gläubigern erzielen. Dazu gehören der Tschad, Angola und Barbados. Alle drei sind aber weiter hoch verschuldet, was sie für externe Schocks, wie etwa einem Preisverfall für Exportgüter, extrem anfällig macht.

Neue Krisenländer

Schließlich gibt es eine Gruppe von neun Staaten, die innerhalb der letzten fünf Jahre zahlungsunfähig wurden. Prominentester Neuzugang auf dieser Liste neuer „Krisenländer“ ist Argentinien. Mit dem Amtsantritt des neoliberalen Präsidenten Mauricio Macri 2015 hatte sich die Hoffnung verbunden, dass wieder Kapital in großem Stil in das Land

Tab. 2: Zahlungseinstellungen

 anhaltende Zahlungseinstellung	 anhaltende Zahlungseinstellung	 Umstrittene Forderungen
Beginn vor 2015	Beginn 2015-2019	
<ul style="list-style-type: none"> • Eritrea • Kuba • Nordkorea • Simbabwe • Somalia • Sudan • Syrien 	<ul style="list-style-type: none"> • Argentinien • Jemen • Gambia • Grenada • Mosambik • Republik Kongo • São Tomé & Príncipe • Südsudan • Venezuela 	<ul style="list-style-type: none"> • Irak • Kambodscha • Ukraine

fließen würde. Diese Hoffnung wurde jedoch enttäuscht: Zwar erfolgten die erwarteten Zuflüsse, doch zugleich führten die abgebauten Kapitalverkehrskontrollen zu einer erneuten Kapitalflucht, deren Höhe die Zuflüsse überstieg. Präsident Macri musste deshalb im Sommer 2019 die Zahlungen an einige heimische Gläubiger einstellen und den IWF um einen Beistandskredit bitten. Dieser gewährte Argentinien daraufhin den größten Kredit seiner Geschichte in Höhe von 57 Milliarden US-Dollar. Als der Peronist Alberto Fernández die Wahlen im Oktober 2019 trotz der Unterstützung des IWF wie des Weißen Hauses für den bisherigen Präsidenten Macri gewann, bildeten die Privatgläubiger bereits unmittelbar nach dem Wahltag ein Gläubigerkomitee, um auf die nun erwarteten Umschuldungsverhandlungen vorbereitet zu sein. Neben den Forderungen der privaten Anleihezeichner könnte die neue Regierung auch noch ausstehende Forderungen der Industrieländer in Höhe von knapp 4 Millionen US-Dollar in Frage stellen. Sie gehen auf das für Argentinien sehr unvorteilhafte Pariser-Club-Abkommen von 2014 zurück, auf das sich die damalige Regierung unter Cristina Fernández de Kirchner in der (vergeblichen) Hoffnung auf westliche Unterstützung im damaligen Konflikt mit den Geierfonds⁶ eingelassen hatte. Schließlich könnte auch die Rückzahlung des gewaltigen Kredits des IWF selbst von der neuen Regierung in Zweifel gezogen werden.

Risikofaktoren für die Zahlungsfähigkeit

Dank einzelner Umschuldungen hat sich die Zahl derjenigen Länder, die tatsächlich im Zahlungsausfall sind, gegenüber der letztjährigen Analyse verringert. Allerdings zeigt die Gesamtbetrachtung der Verschuldungssituation und die mittelfristige Entwicklung einen deutlichen Trend zu höheren Risiken in immer mehr Ländern. Vier Faktoren bedrohen in unterschiedlicher Kombination die Zahlungsfähigkeit aktuell kritisch verschuldeter Staaten:



Hohe Abhängigkeit von Hartwährungseinnahmen aus dem Rohstoffexport

Staaten mit einem so genannten extraktivistischen Wirtschaftsmodell sind in hohem Maße von einem oder wenigen Exportprodukten abhängig und müssen bei Preiseinbrüchen die entstandenen Defizite in ihrer Leistungsbilanz beziehungsweise in ihren öffentlichen Haushalten durch internationale Kreditaufnahmen schließen. Die Kosten dieses erweiterten Schuldendienstes müssen durch Wachstumseffekte an anderer Stelle in der Ökonomie erzielt werden oder durch Einsparungen bei „weichen“ öffentlichen Ausgaben wie Bildung und Gesundheit. Beispiele für solche extraktivistischen Ökonomien unter den hoch verschuldeten Ländern sind die Mongolei, Venezuela, Sambia und die Republik Kongo sowie in einer Sondersituation Mosambik, das aus dem erwarteten Gasexport derzeit noch keine Einnahmen erzielt.



Politische und soziale Fragilität

Einige der am höchsten verschuldeten Länder befinden sich mitten in Bürgerkriegen und leisten keinen Schuldendienst. Sie werden, wann immer der Frieden zurückkehrt, mit großer Wahrscheinlichkeit Schuldenerleichterungen benötigen. Zu solchen Ländern gehören Syrien und der Jemen. Unterhalb der Schwelle zu einem offenen Bürgerkrieg gibt es weiter einige Länder mit durchaus intakter Staatlichkeit, in denen aber anhaltende oder akute politische Krisen die aktuelle Kreditaufnahme verteuern und Rückzahlungen ungewiss sind. Zu solchen Ländern gehören beispielsweise der sehr kritisch verschuldete Libanon (das einzige Land, das in diesem Jahr alle Indikatoren in der höchstmöglichen Kategorie aufweist) und das durch seine ethnische Zersplitterung politisch gelähmte Bosnien und Herzegowina.



Argentinien



Zahlungseinstellung: droht erneut ab 2020

Größter Risikofaktor: deindustrialisierte Wirtschaft; Überschuldung gegenüber IWF



Mosambik



Zahlungseinstellung: seit 2016 „versteckte Schulden“ nicht mehr bedient

Größter Risikofaktor: Abhängigkeit vom Beginn der Off-Shore-Gasförderung



Besonders problematische Schuldenstruktur

Das Insolvenzrisiko eines Landes wird wesentlich von der Struktur seiner Staatsschulden beeinflusst, insbesondere von den vereinbarten Zinshöhen und der zeitlichen Kumulation von Kreditfälligkeiten. So können Schulden, wenn sie zu niedrigen Zinsen und mit langen Laufzeiten vergeben wurden, wenig problematisch sein. Besteht hingegen kein Zugang zu günstigen Neukrediten, müssen also alte Kredite durch teurere Kredit-Neuaufnahmen refinanziert werden, kann die gleiche Schuldenlast das Land in eine Liquiditätskrise stürzen. Eine solche Situation wird als Schuldenfalle bezeichnet. Dies betrifft beispielsweise Länder, die in besonderem Maße auf reichlich angebotene, aber vergleichsweise teure Kredite aus China⁷ gesetzt haben, um den Ausbau ihrer Infrastruktur zu finanzieren. Die großen Eisenbahnprojekte in Kenia sind hierfür ein gutes Beispiel. Aber auch ein Schwellenland wie Argentinien ist betroffen, weil es in den letzten vier Jahren im Vertrauen auf die anhaltende Refinanzierung seiner Schulden laufende Haushaltsdefizite durch immer größere Kreditaufnahmen gedeckt hat.



Verletzlichkeit gegenüber externen Schocks

Beispielhaft für diese Bedrohung stehen Länder, die wegen ihrer besonderen geografischen Lage und als Folge des globalen Klimawandels mehr und heftigeren Naturkatastrophen ausgesetzt sind. Dazu gehören fast alle kleinen Inselentwicklungsstaaten (engl. *Small Island Development States, SIDS*)⁸. Tropische Wirbelstürme haben in SIDS im Verhältnis zur gesamten Wirtschaftsleistung noch dramatischere Auswirkungen als in größeren Ländern, bei denen es meist auch nicht betroffene Landesteile gibt. So beliefen sich die Schäden durch den Tropensturm „Erika“ auf rund 90 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung Dominicas, während der nicht weniger zerstörerische Sturm „Idai“ in Mosambik „nur“ Schäden von rund 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts angerichtet hat. Viele SIDS sind von nur wenigen Wirtschaftszweigen abhängig – in der Regel solchen, die durch Naturkatastrophen stark betroffen sind, namentlich Landwirtschaft und Tourismus.

Natürlich können Länder auch von einer Kombination dieser vier beschriebenen Risikofaktoren betroffen sein. Die Länderprofile in diesem Schuldenreport heben beispielhaft die jeweils wichtigsten Risiken und Ursachen für die Vulnerabilitäten einzelner Staaten hervor und beschreiben, wodurch eine Zahlungseinstellung bereits eingetreten ist oder in Kürze eintreten könnte. Ausführlichere Darstellungen der Überschuldungsrisiken enthalten die Länderprofile auf der erlassjahr.de-Website.⁹

Ausblick

Die Hauptursache für den globalen Schuldenanstieg ist die seit der Finanzkrise von 2008 unveränderte Gleichzeitigkeit von niedrigen Zinsen im Globalen Norden und hohem Infrastruktur-Finanzierungsbedarf im Globalen Süden. Die dort zu erzielenden attraktiven Zinsen sind der wichtigste Motor des anhaltenden Kapitalexports in arme Länder und damit auch der anhaltenden Verschuldungsprozesse vieler Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika sowie einigen europäischen Ländern.

Darüber hinaus sind zwei weitere Entwicklungen zu nennen, durch die Länder und Regionen in den vergangenen vier Jahren in eine besonders kritische Verschuldungssituation geraten sind:

→ Die anhaltende Dominanz des wirtschaftsliberalen Paradigmas, Kapitalmärkte möglichst weitgehend zu liberalisieren, um den Standort für Anleger attraktiv zu machen. In Südamerika hat Chile außenwirtschaftlich recht lange erfolgreich mit diesem Modell gearbeitet – allerdings auf Kosten einer extremen sozialen Polarisierung. Es wäre keine Überraschung, wenn Chile – das zur Zeit noch bei allen Schuldenindikatoren unter den kritischen Grenzwerten liegt, aber einen stark steigenden Verschuldungstrend aufweist – künftig wieder zu den kritisch verschuldeten Länder zählen würde. Das Nachbarland Argentinien dagegen befindet sich nicht am Anfang, sondern eher am Ende einer solchen Entwicklung (*siehe oben*).

→ Der Aufstieg Chinas zum wichtigsten bilateralen Gläubiger zahlreicher Länder, begleitet vom Bedeutungsverlust der traditionellen bilateralen und multilateralen Geber. Die Kreditvergabe Chinas zeichnet sich dadurch aus, dass Kredite zwar fast überall zur Verfügung stehen und auch in großem Stil gewährt werden. Gleichzeitig sind sie sehr teuer und in der Regel mit strikten Lieferbindungen an chinesische Waren

Libanon	
Zahlungseinstellung: droht bei einer Störung des Kapitalzuflusses aus den arabischen Staaten	Größter Risikofaktor: extremes Schuldenniveau bei hoher Abhängigkeit vom Kapitalimport

Sambia	
Zahlungseinstellung: könnte weiterhin durch harsche Austerität vermieden werden	Größter Risikofaktor: Abhängigkeit vom weltweiten Kupferpreis

und Dienstleistungen verbunden. Länder auf allen Kontinenten, darunter Kenia und Sambia in Afrika und Ecuador in Lateinamerika, haben davon Gebrauch gemacht, um in großem Stil Haushaltsdefizite zu decken und Infrastrukturvorhaben umsetzen zu können. Dies hat sehr schnell zu kritischen Verschuldungssituationen geführt, die sich ohne umfassende Umschuldungen weiter verschärfen werden.

Im Blick auf die Bewältigung künftiger Staateninsolvenzen werfen sowohl das Wachstum der liberalisierten privaten Kreditvergabe als auch die herausragende Stellung Chinas als Kreditgeber erhebliche Probleme bei der Koordination der Gläubiger auf.

Steigende private Kreditvergaben und die herausragende Stellung Chinas als Kreditgeber stellen erhebliche Probleme für die Bewältigung künftiger Staateninsolvenzen dar.

Die Inhaber privater Anleihen sind trotz der teilweisen Einführung von *Collective Action Clauses* noch immer die am schwersten zu organisierende Gläubigergruppe, und China ist in einigen Ländern in einer so herausragenden Gläubigerpo-

sition, dass es sich schon deswegen nicht in Verfahren wie die des Pariser Clubs einbinden lassen wird. Positiv zu bewerten ist allerdings, dass mehr und mehr politische Akteure erkennen, dass die Instrumente, mit denen die Schuldenkrise der 90er Jahre eher eingeeht als bewältigt wurde, für die Herausforderungen dieses Jahrzehnts nicht taugen.

Gambia

Zahlungseinstellung: droht, wenn eine Umschuldung mit bilateralen und multilateralen Gläubigern nicht gelingt	Größter Risikofaktor: intransparente Altschulden des früheren Präsidenten Jammeh
---	--

Simbabwe

Zahlungseinstellung: anhaltend seit 1990	Größter Risikofaktor: schwache Regierungsführung
--	--

- 1 Alle Industrieländer fördern Exporte ihrer Unternehmen, indem sie für riskante Exporte öffentliche Garantien anbieten. Kann der Importeur aus einem anderen Land nicht zahlen, entschädigt die öffentliche Exportversicherung das heimische Unternehmen. In Deutschland ist das die Euler Hermes SA.
- 2 In Tabelle 1 (auf der hinteren Umschlagseite) zeigen solche Länder einen steigenden Trend eher bei den beiden sich auf die öffentlichen Schulden beziehenden Indikatoren als bei denen, die sich auf die Auslandsverschuldung beziehen.
- 3 Die Entschuldungsinitiative für hoch verschuldete arme Länder (engl. *Heavily Indebted Poor Countries*, HIPC) wurde 1996 auf Initiative der G7 geschaffen und seither mehrfach modifiziert und ergänzt. Bislang wurden 36 Länder mit niedrigem Einkommen dadurch um bis zu 90 Prozent ihrer Auslandsschulden entlastet.
- 4 Dies ist im Sprachgebrauch des IWF eine *Upper Credit Tranche*-Qualität.
- 5 Reuters (2019): „France offers a conference on Sudan's debt if US lifts sanctions“, 30.09.2019, www.reuters.com/article/us-france-sudan/france-offers-a-conference-on-sudans-debt-if-us-lifts-sanctions-idUSKBN1WF200.
- 6 Kaiser, J. (2015): „Geierfonds – was sie tun, warum es sie gibt, und was man gegen sie tun kann“, in: erlassjahr.de und Kindernothilfe: Schuldenreport 2015, S. 63-68.
- 7 Kaiser, J. und M. Stutz (2019): „China als Gläubiger von Staaten im Globalen Süden – Anti-imperialistische Solidarität oder moderne Schuldenfalle?“, erlassjahr.de-Fachinformation 62.
- 8 Zu den SIDS gehören 38 unabhängige Staaten und 20 Territorien. Siehe: sustainabledevelopment.un.org/topics/sids/list.
- 9 Siehe erlassjahr.de/informieren/.

Box: Methodik zum Artikel „Verschuldete Staaten weltweit“

Im Schuldenreport werden **drei Dimensionen** von Verschuldung analysiert:

- die **Verschuldungssituation**, also die Höhe der Schuldenindikatoren zum Stichtag 31.12.2018,
- der **Trend**, also die Veränderung dieser Verschuldungssituation über einen Zeitraum von vier Jahren (2015-2018), und
- die zwischenzeitlichen und anhaltenden **Zahlungseinstellungen** einzelner Länder.

Die für die Analyse zugrunde gelegten Schuldenindikatoren sind:

$\frac{\text{Öffentliche Schulden}}{\text{Bruttoinlandsprodukt}}$

Ist der Staat im In- und Ausland stärker verschuldet als es der Leistungsfähigkeit der ganzen Volkswirtschaft entspricht?

Die öffentlichen Schulden sind die expliziten und impliziten Verbindlichkeiten der öffentlichen Hand – von der Zentralregierung bis hin zu öffentlichen Unternehmen. Zu den öffentlichen Schulden gehören aber auch die Schulden privater Unternehmen, für die der Staat eine Garantie ausgesprochen hat.

$\frac{\text{Öffentliche Schulden}}{\text{jährl. Staatseinnahmen}}$

Ist der Staat im In- und Ausland so hoch verschuldet, dass seine Einnahmen den aktuellen Schuldendienst nicht mehr gewährleisten können?

$\frac{\text{Auslandsschuldenstand}}{\text{Bruttoinlandsprodukt}}$

Hat die ganze Volkswirtschaft gegenüber dem Ausland mehr Zahlungsverpflichtungen als ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entspricht?

Zu den Auslandsschulden gehören die Verbindlichkeiten sowohl des öffentlichen Sektors als auch des Privatsektors eines Landes gegenüber ausländischen Gläubigern. Der Indikator weist auf die gesamtwirtschaftliche Belastung hin, das heißt, ob eine Volkswirtschaft genug Güter und Dienstleistungen produziert, um ihren Schuldendienst leisten zu können.

$\frac{\text{Auslandsschuldenstand}}{\text{jährl. Exporteinnahmen}}$

Sind die Auslandsschulden von Staat, Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern so hoch, dass durch Exporte nicht genug Devisen erwirtschaftet werden können, um die Schulden zu bezahlen?

Auslandsschulden können in den meisten Fällen nicht in Landeswährung zurückgezahlt werden. Die Leistung des Schuldendienstes erfordert die Erwirtschaftung von Devisen durch Exporte, Überweisungen von Migrantinnen und Migranten, ausländische Investitionen oder neue Verschuldung.

$\frac{\text{Schuldendienst}}{\text{jährl. Exporteinnahmen}}$

Ist der laufende Auslandsschuldendienst von Staat, Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern so hoch, dass durch Exporte aktuell nicht genug Devisen erwirtschaftet werden können, um im laufenden Jahr Zinsen und Tilgung zu bezahlen?

Dieser Indikator setzt die jährlichen Zahlungen für Tilgung und Zinsen ins Verhältnis zu den Exporteinnahmen. Er lässt erkennen, ob der jährliche Schuldendienst – unabhängig vom gesamten Schuldenstand – die aktuelle Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft in einem gegebenen Jahr überfordert.

Für jeden der fünf Indikatoren gibt es drei Risikostufen. Die Hinterlegung der Werte in verschiedenen Orange-Tönen lässt erkennen, in welche Stufe der Wert einzusortieren ist (siehe Tabelle 1 auf der hinteren Umschlagseite). Ein dunkelorange eingefärbter Wert bedeutet, dass alle drei Grenzwerte überschritten werden und der Wert damit in der dritten Risikostufe einzuordnen ist. Werte unter dem niedrigsten Grenzwert sind grau eingefärbt.

Stufen der Überschuldungsgefahr

	Keine Gefahr <i>(in Prozent)</i>	Erste Stufe <i>(in Prozent)</i>	Zweite Stufe <i>(in Prozent)</i>	Höchste Stufe <i>(in Prozent)</i>
<u>Öffentliche Schulden</u> BNE oder BIP	< 50	50-75	> 75-100	> 100
<u>Öffentliche Schulden</u> jährl. Staatseinnahmen	< 200	200-300	> 300-400	> 400
<u>Auslandsschuldenstand</u> BNE oder BIP	< 40	40-60	> 60-80	> 80
<u>Auslandsschuldenstand</u> jährl. Exporteinnahmen	< 150	150-225	> 225-300	> 300
<u>Schuldendienst</u> jährl. Exporteinnahmen	< 15	15-22,5	> 22,5-30	> 30

Auf Basis der Verschuldungsindikatoren wird die **Verschuldungssituation eines Landes** in drei Kategorien eingeteilt: leicht kritisch, kritisch und sehr kritisch (siehe Weltkarte auf der vorderen Umschlagseite). In Tabelle 1 (im Umschlag) werden alle Länder aufgeführt, bei denen der Wert mindestens eines Schuldenindikators zumindest den unteren der drei Grenzwerte überschreitet (siehe Stufen der Überschuldungsgefahr) oder denen der Internationale Währungsfonds ein mindestens mittleres Überschuldungsrisiko bescheinigt. Entsprechend der drei Risikostufen für jeden der fünf Schuldenindikatoren ergibt sich für jedes Land ein Wert zwischen 0 und 15. Befindet sich ein Land beispielsweise mit allen fünf Schuldenindikatoren in der höchsten Risikostufe entsprechend der oben stehenden Stufen der Überschuldungsgefahr, überschreitet also für alle fünf Schuldenindikatoren alle drei Grenzwerte, weist es einen Wert von 15 auf. Die Kategorien sind wie folgt definiert:

- 0-4 → leicht kritisch
- 5-9 → kritisch
- 10-15 → sehr kritisch

Der **Trend** gibt für jeden einzelnen Schuldenindikator an, ob dieser sich in den vier Jahren von 2015 bis 2018 um mindestens 10 Prozent verändert hat (siehe Tab. 1 im Umschlag). Für jedes Land wurde zudem ein aggregierter Verschuldungstrend berechnet (siehe Weltkarte im Umschlag). Haben sich mehr Schuldenindikatoren über einen Zeitraum von vier Jahren verbessert als verschlechtert, wird der allgemeine Trend als Rückgang dargestellt. Haben sich mehr Indikatoren verschlechtert als verbessert, wird von einem Anstieg der allgemeinen Verschuldungssituation gesprochen.

Anhaltende und zwischenzeitliche Zahlungseinstellungen auf Basis von Tabelle 2 auf Seite 12 sind ebenfalls in der Weltkarte eingezeichnet.

Deutschland als Gläubiger des Globalen Südens

Trotz sinkender Forderungsbestände besteht Handlungsbedarf

Von Jürgen Kaiser

Deutschlands Bedeutung als öffentlicher Gläubiger von Ländern im Globalen Süden ist seit Jahren rückläufig, sie hat auch von 2017 bis 2018 weiter abgenommen. Sowohl die Forderungen aus der Entwicklungszusammenarbeit als auch die aus bundesverbürgten und zu Lasten des Bundes entschädigten Handelsforderungen sind zurück-

Wie im Vorjahr sind die deutschen Forderungen an die Länder des Globalen Südens um knapp 3 Prozent zurückgegangen.

gegangen: erstere von 10,9 auf 10,5 Milliarden Euro, letztere von 5,1 auf 4,5 Milliarden Euro. Insgesamt hält die Bundesrepublik nur noch weniger als ein halbes Prozent an den gesamten Auslands-

schulden aller bei ihr verschuldeter Länder. Schon im vorherigen Betrachtungsjahr waren die deutschen Ansprüche gegenüber Ländern im Globalen Süden um 2,9 Prozent zurückgegangen.

Gegenüber keinem Land der Welt hat die Bundesrepublik deutlich mehr als 5 Prozent der langfristigen Auslandsverbindlichkeiten inne – mit zwei bemerkenswerten Ausnahmen: Deutschland hält 11,4 Prozent aller Auslandsschulden Syriens und 9,9 Prozent Simbabwe (allerdings sind die Anga-

ben der Weltbank über die gesamte Auslandsverschuldung wegen der unzureichenden Datenlage wenig verlässlich). Beide Länder sind aktuell im Zahlungsausfall. Sobald die dortigen Regierungen versuchen sollten, ihre internationalen Beziehungen zu normalisieren – was im Fall Simbawes aktuell eher realistisch erscheint als in Syrien – wird Deutschland bei der Gestaltung der unvermeidlichen Schuldenerlasse eine zentrale Rolle spielen (müssen).

Auch in Myanmar ist das deutsche Engagement mit 5,1 Prozent vergleichsweise hoch, allerdings hat das Land bereits 2013 mit dem Pariser Club eine Umschuldung vereinbart, die seither ohne größere Zahlungsprobleme abbezahlt wird. Es ist deshalb zu erwarten, dass der deutsche Anteil in naher Zukunft deutlich abnehmen wird.

Darüber hinaus gibt es einige Länder mit Umschuldungsbedarf, bei denen Deutschland entweder bei den Handelsforderungen oder bei den Forderungen aus der Entwicklungszusammenarbeit mit mehr als einem Drittel der Verbindlichkeiten unter den Mitgliedern des Pariser Clubs eine bedeutende Rolle spielt. Dazu gehören Tadschikistan, Serbien, Nordmazedonien und El Salvador.

¹ Siehe Kaiser, J. (2019): „Deutschland als Gläubiger des Globalen Südens“, in: erlassjahr.de und MISEREOR: Schuldenreport 2018.

Tabelle 1 - Deutsche Forderungen (aus der Finanziellen Zusammenarbeit und aus bundesverbürgten Handelsgeschäften) und ihr Anteil an der Gesamtverschuldung 2018

Land	Finanzielle Zusammenarbeit (in Millionen Euro)	Handelsforderung (in Millionen Euro)	Anteil deutscher Forderungen an Gesamtverschuldung
Ägypten	2.018	9	2,8%
Albanien	121	-	1,8%
Algerien	3	-	0,3%
Argentinien	30	1.063	0,7%
Armenien	101	-	1,2%
Aserbaidschan	64	-	0,5%
Bolivien	55	-	0,5%
Bosnien u. Herzegowina	8	21	0,2%
Brasilien	54	-	0,0%
China, VR	1.199	-	0,2%
Costa Rica	12	-	0,1%
Côte d'Ivoire	22	-	0,2%
Dominikanische Rep.	15	-	0,1%
Ecuador	19	1	0,1%
El Salvador	84	-	0,6%
Gabun	-	4	0,1%
Georgien	143	-	1,1%
Ghana	210	-	1,3%
Guatemala	50	-	0,3%
Honduras	48	-	0,6%
Indien	1.664	-	0,4%
Indonesien	497	-	0,2%
Irak	-	712	k. A.
Jamaika	10	-	0,1%
Jemen	-	1	0,0%
Jordanien	234	-	1,3%
Kamerun	21	5	0,3%
Kambodscha	-	1	0,0%
Kasachstan	13	-	0,0%
Kenia	219	1	0,9%
Kirgisistan	71	5	1,1%
Kolumbien	23	-	0,0%
Nordkorea	-	544	k. A.
Kosovo	11	-	1,0%
Kroatien	3	-	k. A.

Land	Finanzielle Zusammenarbeit (in Millionen Euro)	Handelsforderung (in Millionen Euro)	Anteil deutscher Forderungen an Gesamtverschuldung
Kuba	-	34	k. A.
Libanon	13	-	0,0%
Libyen	-	3	k. A.
Nordmazedonien	28	-	0,4%
Marokko	263	-	0,7%
Moldawien	6	9	0,3%
Mongolei	94	-	0,4%
Montenegro	1	16	0,2%
Myanmar	89	542	5,1%
Namibia	55	-	k. A.
Nicaragua	25	-	0,3%
Nigeria	11	-	0,0%
Pakistan	930	148	1,6%
Palästina	5	-	k. A.
Papua-Neuguinea	6	-	0,0%
Paraguay	11	-	0,1%
Peru	196	-	0,4%
Philippinen	113	-	0,2%
Serbien	158	137	1,0%
Seychellen	3	-	k. A.
Simbabwe	452	305	9,9%
Sudan	-	345	2,4%
Südafrika	63	-	0,0%
Sri Lanka	217	-	0,6%
Swasiland	4	-	1,1%
Syrien	135	243	11,4%
Tadschikistan	18	-	0,4%
Thailand	17	-	0,0%
Tunesien	150	1	0,7%
Ukraine	27	46	0,1%
Uruguay	1	-	k. A.
Usbekistan	126	-	0,8%
Venezuela	-	332	0,3%
Vietnam	259	-	0,3%
Total	10.518	4.529	0,4%

k. A. = Keine Angaben zur Gesamtverschuldung.

Quelle: BMF (2018): „Forderungen des Bundes gegenüber Entwicklungsländern per 31.12.2018“, www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Internationales_Finanzmarkt/Internationale_Finanzpolitik/Internationale_Schuldenstrategie_und_Umschuldungen/internationale-schuldenstrategie.html. Der Anteil der deutschen Forderungen an der Gesamtverschuldung bezieht sich auf Weltbank (2019): „International Debt Statistics 2020“, databank.worldbank.org/source/international-debt-statistics.

Zwischen Weltschmerz und Schlafwandeln

Wie Staaten weltweit unvorbereitet in die nächste Schuldenkrise geraten

Von Kristina Rehbein

Im Oktober 2019 zeichneten die globalen Finanzinstitutionen auf der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Washington ein beängstigendes Bild: Erneut musste der IWF das zu erwartende globale Wirtschaftswachstum herunterstufen; es ist damit auf dem niedrigsten Stand seit der globalen Finanzkrise.¹ Weltwirtschaftliche Risiken nähmen weiter zu, so der IWF, und die globalen Überschuldungsrisiken würden weiter steigen. Auch seien die Schuldendienstzahlungen bereits so hoch, dass selbst Staaten mit einem niedrigen Überschuldungsrisiko nicht mehr in der Lage sind, nötige Investitionen zur Bekämpfung von Armut und Ungleichheit vorzunehmen: So musste etwa Uganda aufgrund der

Krise einig gewesen. Analysen von erlassjahr.de und Misereor zu jenem Zeitpunkt zeigten, dass die Verantwortlichen es damals bereits versäumt hatten, entschlossene und

hinreichende Schritte zur frühzeitigen Bewältigung der Schuldenkrise zu vereinbaren.⁵ Umso fataler ist es, dass trotz der zu-

Bereitschaft zu politischem Handeln fehlt trotz zugespitzter Verschuldungssituation.

gespitzten Lage auch heute die Bereitschaft zum politischen Handeln nicht größer ist. Auch an anderer Stelle mehrten sich die Stimmen, etwa von Finanz- und Wirtschaftsexperten, die die Welt in die nächste globale Finanzkrise „schlafwandeln“⁶ sehen.

Die globalen Nachhaltigkeitsziele sind bis 2030 voraussichtlich nicht erreichbar.

dazu bei, dass die globalen Nachhaltigkeitsziele bis 2030 weltweit voraussichtlich nicht erreicht werden können.³

Expert*innen in Washington stellten einmal mehr die „düsteren“ weltwirtschaftlichen Entwicklungen heraus, einer beschrieb die Situation gar mit dem deutschen Wort „Weltschmerz“⁴. Dabei war die Sachlage alles andere als neu: Bereits im vergangenen Jahr waren sich die Teilnehmenden der IWF-Jahrestagung auf Bali über die Gefahren und das Ausmaß der sich abzeichnenden

Zinszahlungen, die den zweitgrößten Ausgabenposten im Haushalt von 2019 ausmachen, die Sozialausgaben stark kürzen.² All dies trage

Mehrgleisig wohin? Mutlose Prävention statt umfassender Lösungsansätze

Im April 2019 äußerte der stellvertretende geschäftsführende Direktor des IWF, David Lipton, bei einer öffentlichen Podiumsdiskussion, dass sich der IWF infolge der veränderten und komplizierten Gläubigerlandschaft auf die Bewältigung komplexer Schuldenkrisen vorbereite, um Schuldnerländer bei den Verhandlungen mit ihren Gläubigern zu unterstützen.⁷ Noch sechs Monate zuvor hatte sich die Washingtoner Finanzinstitution ratlos gezeigt, da keine angemessenen Verfahren zur Gläubigerkoordination existierten – ein zentrales Problem der gegenwärtigen Schuldenkrise. Im August 2019 wies laut IWF fast die Hälfte aller Niedrigeinkommensländer ein hohes Überschuldungsrisiko auf oder ist bereits im Zahlungsausfall⁸ – doppelt

so viele wie 2013. Eine Antwort darauf, wie die eingetretenen Schuldenkrisen bewältigt werden können, sind die internationalen Finanzinstitutionen und politischen Entscheidungsträger*innen in den Gläubigerländern jedoch schuldig geblieben. Die Sorge über unterschiedliche Gläubiger, die sich nicht an multilateralen Umschuldungen beteiligen, wird zwar weiterhin geäußert, insbesondere

In Zentrum der Bemühungen von G20 und IWF steht die Prävention von Überschuldung.

in Bezug auf China als mittlerweile wichtigsten bilateralen öffentlichen Gläubiger von vielen Entwicklungsländern. Reformen, die hier Abhilfe schaffen könnten, werden von ihnen aber nach wie vor nicht in Betracht gezogen.⁹ Stattdessen bestanden die G20-Finanzminister*innen bei ihrem Treffen in Fukuoka in Japan im Juni 2019 sowie die zentralen Organe des IWF – das *Development Committee* und das *International Monetary and Financial Committee* (IMFC)¹⁰ – bei ihrem Treffen in Washington im Oktober 2019 auf der Umsetzung des sogenannten „mehrgleisigen Ansatzes zum Umgang mit Überschuldungsrisiken“¹¹: Im Zentrum dieses Ansatzes steht die Prävention von Überschuldung, etwa durch ein besseres Schuldenmanagement in Schuldnerländern, effizientere Frühwarnsysteme durch verbesserte Schuldentragfähigkeitsanalysen sowie Maßnahmen für mehr Transparenz in der Kreditvergabe und -aufnahme.

Eine Lösung für bereits eingetretene Krisen bieten diese ganz auf Prävention ausgerichteten Reformen naturgemäß nicht. Darauf angesprochen spielen Vertreter*innen europäischer Regierungen das Ausmaß der Krise herunter: Es handle sich um kein systemisches Problem (das einer systemischen Antwort bedürfe), sondern um Schuldenprobleme einiger Niedrigeinkommensländer.¹² Die jüngste Zahlungseinstellung des Mitteleinkommenslands und G20-Mitglieds Argentinien wird dabei geflüchtiglich übersehen.

Auch bei der Gläubigerkoordination sind es weniger einzelne bilaterale Gläubiger, die sich nicht an multilateralen Umschuldungen beteiligen wollen¹³, so wie die Mitglieder des Pariser Clubs es insbesondere mit Verweis auf China darstellen.¹⁴

Vielmehr liegt die grundsätzliche Schwierigkeit darin, im Sinne einer fairen Lastenteilung zwischen Gläubiger und Schuldner alle Gläubiger zu koordinieren. Eine Wissenschaftlerin schlug in diesem Zusammenhang im April 2019 vor, diejenigen Elemente eines Staateninsolvenzverfahrens aufzunehmen, die auf zentrale Probleme in der aktuellen globalen Finanzarchitektur reagieren. Dazu zählt, kreative Wege für ein alle Gläubiger einschließendes Verhandlungsformat zu finden, um die Gläubigerkoordination zu verbessern.¹⁵ Doch bislang wurde dieser Vorschlag etwa von den G20 oder den internationalen Finanzinstitutionen nicht aufgegriffen. Im Kommuniqué des IMFC wird bezüglich einer besseren Gläubigerkoordination weiterhin auf bestehende Verfahren verwiesen¹⁶, womit die Erweiterung des Pariser Clubs gemeint ist, in dem die reichen Industrieländer ihre Haltung gegenüber verschuldeten Ländern abstimmen. In der Schuldenkrise Argentinien von 2001 war es jedoch bis zuletzt der Pariser Club, der, anders als die meisten Privatgläubiger Argentinien, nicht zu substantiellen Zugeständnissen bereit war und letztlich ausbezahlt wurde – auf Kosten derjenigen Gläubiger, die sich an einer tragfähigen Lösung durch Schuldenerleichterungen beteiligten.

Von der Krisenfinanzierung zum Brottaufstand

Anstatt endlich ernsthafte Vorschläge für die Bewältigung von Schuldenkrisen auf den Tisch zu bringen, wird die reale Gefahr von Staatspleiten und die mögliche Notwendigkeit von Schuldenerleichterungen unter allen Umständen verborgen, indem die Schuldendienstfähigkeit der Krisenländer künstlich mit öffentlichen Mitteln aufrechterhalten wird.

Die Schuldendienstfähigkeit der Krisenländer wird mit öffentlichen Mitteln künstlich aufrecht erhalten.

So erhielt Argentinien 2018 einen IWF-Kredit in Rekordhöhe, um eine Staatspleite zu verhindern. Doch die Finanzspritze in Höhe von 57 Milliarden US-Dollar verschob nur den Zeitpunkt der Zahlungsunfähigkeit um einige Monate in den August 2019. Unabhängige Expert*innen gehen davon aus, dass die Schuldentragfähigkeit des Schwellenlands ohne einen substantiellen Schuldenschnitt nicht nachhaltig wiederhergestellt werden kann.¹⁷

Argentinien ist kein Einzelfall: Weil Verfahren zur Bewältigung von Schuldenkrisen fehlen, ist die externe Finanzierung des Schuldendienstes in Ländern, in denen eigentlich eine Umschuldung nötig wäre, weiter gang und gäbe. Zu diesem Schluss kommt eine Studie von *Jubilee Debt Campaign*¹⁸, die 18 Länder identifizierte, die trotz ihres hohen Verschuldungsniveaus Rettungskredite vom IWF erhielten, ohne dass diese an eine verpflichtende Umschuldung geknüpft waren. Laut seinen eigenen Regeln darf der IWF jedoch Länder mit einer kritischen Verschuldung nur dann mit Finanzmitteln unterstützen, wenn zuvor eine Umschuldung durchgeführt wurde.

Unter diesen 18 Ländern ist neben Argentinien auch Ecuador. Das lateinamerikanische Land musste angesichts seiner rasant gestiegenen Schuldenindikatoren im Jahre 2019 Unterstützung beim IWF beantragen. An diese Zuwendung geknüpft waren Sparmaßnahmen, um die Schuldentragfähigkeit wiederherzustellen. Doch anstatt mit einer zeitigen Umschuldung beziehungsweise durch den Erlass von Forderungen die Kosten fair auf Gläubiger und Schuldner zu verteilen, tragen die Bürger*innen Ecuadors die Hauptlast der Krise, etwa durch die Kürzung von Subventionen, beispielsweise für Benzin. Die Bedingungen des IWF-Kredits führten zu gewaltsamen Protesten und mussten teilweise wieder zurückgenommen werden.¹⁹ Auch in anderen Ländern haben die Auswirkungen der extremen Sparanpassungen Unruhen ausgelöst, wie in Haiti²⁰ oder in Ägypten²¹. Sie erinnern an die Aufstände gegen den IWF in den 1980er Jahren, die sogenannten „Brotaufstände“ (engl. *IMF riots*). Diese Proteste sind darauf zurückzuführen, dass sich die Lebensbedingungen vieler Menschen als Folge von Strukturanpassungsprogrammen in überschuldeten Ländern drastisch verschlechtert haben.

Die Krise des Multilateralismus überwinden

Den globalen Herausforderungen kann laut einer Analyse des *World Economic Outlook 2019* nur durch eine intensive multilaterale Kooperation begegnet werden, deren Neubelebung daher Priorität haben muss.²² Angesichts der steigenden Überschuldungsrisiken und der bisherigen Untätigkeit der Weltgemeinschaft fordern betroffene Staaten eine stärkere multilaterale Zusammenarbeit zur Überwindung der Schuldenkrise mittler-



Extrem hohe Benzinpreise als Folge wegfallender Kraftstoffsubventionen: nur eine Folge der vom IWF verlangten Sparmaßnahmen in Ecuador.

weile vehement ein. So bestand Malawi im Namen der Gruppe der *Least Developed Countries* in der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York im Oktober 2019 auf gemeinsamen politischen Schritten der Weltgemeinschaft für eine Schuldenerlassinitiative sowie auf der Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens.²³ Die karibische Gemeinschaft (*Caribbean Community and Common Market*, CARICOM) unterstützte den Aufruf und forderte eine erneute Diskussion in den Vereinten Nationen, nachdem bereits 2014 die Initiative der G77, der Entwicklungs- und Schwellenländer in den Vereinten Nationen, gescheitert war.²⁴ Doch die politischen Empfehlungen globaler Finanzinstitutionen sowie öffentlicher und privater Gläubiger bleiben auf präventive Schritte beschränkt. Beobachter*innen sehen das Festhalten am mutlosen Präventionsdiskurs und die fehlende Bereitschaft, ernsthaft über Entschuldungsverfahren zu spre-

Betroffene Staaten fordern multilaterale Kooperation zur Überwindung von Schuldenkrisen.

chen, als symptomatisch für die Krise des Multilateralismus.²⁵

In der Diskussion um ein Staateninsolvenzverfahren argumentierten europäische Regierungen in

Fehlender Fortschritt im Umgang mit Schuldenkrisen ist Ausdruck der Krise des Multilateralismus.

Doch gerade die USA genießen heute nicht mehr das selbe Vertrauen, wenn es um die Führungsrolle bei der Lösung multilateraler Probleme geht. Anstatt das entstandene politische Vakuum zu füllen und die multilaterale Kooperation durch mutige Reformschritte zu fördern, tragen auch die europäischen Regierungen weiter zur Schwächung des

der Vergangen-heit gern, dass die US-amerikanische Regierung ohnehin jede Reform blockiere.

Dabei setzen wirkungsvolle Reformen im Sinne eines gerechten und effizienteren Umgangs mit Schuldenkrisen nicht notwendig einen globalen Konsens und global umsetzbare neue Regeln voraus. Der Artikel „Wenn der Klimawandel zur Schuldenfalle wird“ (S. 25) zeigt, dass sich auch gezielte neue Verfahren für eine kleinere Gruppe von besonders überschuldungsgefährdeten Ländern unmittelbar positiv auf die Lebensumstände der betroffenen Menschen auswirken und gleichzeitig Diskussionen über globale Reformen anregen können.

Multilateralismus bei, etwa als die Europäische Union der UN-Generalversammlung jüngst den Boykott der Diskussion von Themen der globalen Finanzarchitektur im *Economic and Financial Committee* ankündigte.²⁶

Dabei setzen wirkungsvolle Reformen im Sinne eines gerechten und effizienteren Umgangs mit Schuldenkrisen nicht notwendig einen globalen Konsens und global umsetzbare neue Regeln voraus. Der Artikel „Wenn der Klimawandel zur Schuldenfalle wird“ (S. 25) zeigt, dass sich auch gezielte neue Verfahren für eine kleinere Gruppe von besonders überschuldungsgefährdeten Ländern unmittelbar positiv auf die Lebensumstände der betroffenen Menschen auswirken und gleichzeitig Diskussionen über globale Reformen anregen können.

- ¹ Siehe IWF (2019a): „World Economic Outlook, October 2019 – Global Manufacturing Downturn, Rising Trade Barriers“, www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2019/10/01/world-economic-outlook-october-2019.
- ² Siehe Atienza, J. (2019): „Is Africa facing its second debt crisis? What are the solutions?“, Gastbeitrag bei Oxfam Intermon, 16.07.2019, oxfamblogs.org/fp2p/is-africa-facing-its-second-debt-crisis-what-are-the-solutions/.
- ³ Siehe Steiner, A. (2019): „Statement at the 100th Meeting of the Development Committee, United Nations Development Programme“, 19.10.2019, www.undp.org/content/undp/en/home/news-centre/speeches/2019/100th-meeting-of-the-development-committee.html.
- ⁴ Siehe Aussage von Mark Sobel, Center for Strategic and International Studies, bei einer Podiumsdiskussion bei der Jahrestagung des IWF und der Weltbank am 17.10.2019, IWF (2019b): „Sovereign Debt: A Guide for Economists and Practitioners“, meetings.imf.org/en/2019/Annual/Videos?videoid=6097042143001, ca. Minute 24:36.
- ⁵ Siehe Rehbein, K. (2019): „Handeln statt blockieren – Vom enttäuschenden Umgang der Gläubiger mit der neuen Schuldenkrise des Globalen Südens“, in: erlassjahr.de und Misereor: Schuldenreport 2019, S. 31-39.
- ⁶ Siehe Elliott, L. (2019): „World economy is sleepwalking into a new financial crisis, warns Mervyn King“, in: *The Guardian*, 20.10.2019, www.theguardian.com/business/2019/oct/20/world-sleepwalking-to-another-financial-crisis-says-mervyn-king.
- ⁷ Siehe Aussage bei einer Podiumsdiskussion bei der Frühjahrstagung des IWF und der Weltbank am 10.04.2019, IWF (2019c): „Tackling the Next Wave of Sovereign Debt Crises“, meetings.imf.org/en/2019/Spring/Schedule/2019/04/10/imf-seminar-cso-debt-crises, ca. Minute 6:40. Für eine ausführliche Analyse zu der komplexeren Gläubigerlandschaft siehe Rehbein, K. (2019).
- ⁸ Siehe IWF (2019d): „List of LIC DSAs for PRGT-Eligible Countries“, <https://www.imf.org/external/Pubs/ft/dsa/DSAlist.pdf>. Siehe auch Kaiser, J. (2019): „Verschuldete Staaten weltweit“ in diesem Schuldenreport, S. 8-17.

- ⁹ Aussagen von Vertreter*innen von EU-Institutionen bei der Veranstaltung „Seminar on EU action to address the harmful effects of ‚vulture funds‘“ am 25.10.2019 in Brüssel zur Bereitschaft europäischer Regierungen, über die Problemlage zu sprechen, jedoch ohne Offenheit für regulatorische Änderungen; außerdem Aussagen von IWF-Vertreter David Lipton und Schuldenexperte Lee Buchheit bei einer Podiumsdiskussion bei der Frühjahrstagung des IWF und der Weltbank am 10.04.2019, IWF (2019c).
- ¹⁰ Siehe Finanzministerium Japan (2019a): „Communiqué, G20 Finance Ministers and Central bank Governors Meeting, Fukuoka. (Jun. 8-9, 2019)“, www.mof.go.jp/english/international_policy/convention/g20/communique.htm; Weltbank (2019): „World Bank/IMF Annual Meetings 2019: Development Committee Communiqué“, www.worldbank.org/en/news/press-release/2019/10/19/world-bankimf-annual-meetings-2019-development-committee-communique; IWF (2019e): „Communiqué of the Fortieth Meeting of the IMFC“, www.imf.org/en/News/Articles/2019/10/19/communique-of-the-fortieth-meeting-of-the-imfc.
- ¹¹ Siehe Finanzministerium Japan (2019b): „The joint IMF-WB multi-pronged approach for addressing emerging debt vulnerabilities“, www.mof.go.jp/english/international_policy/convention/g20/annex5_1.pdf.
- ¹² U. a. Aussagen bei der Veranstaltung „Seminar on EU action to address the harmful effects of ‚vulture funds‘“ am 25.10.2019 in Brüssel.
- ¹³ So der ehemalige IWF-Mitarbeiter Reza Baqir bei einer Podiumsdiskussion bei der Frühjahrstagung des IWF und der Weltbank am 10.04.2019, IWF (2019c).
- ¹⁴ Siehe u. a. Morris, S. (2019): „HIPC with Chinese Characteristics: Why Yesterday’s Debt Relief Is the Wrong Point of Reference for Today’s Crises“, Center for Global Development, www.cgdev.org/blog/hipc-chinese-characteristics-why-yesterdays-debt-relief-wrong-point-reference-todays-crisis.
- ¹⁵ Siehe Aussagen von Prof. Odette Lienau bei einer Podiumsdiskussion bei der Frühjahrstagung des IWF und der Weltbank am 10.04.2019, IWF (2019c), Minute 40:28.
- ¹⁶ Siehe IWF (2019e).
- ¹⁷ Reuters (2019): „Fitch says Argentina’s debt challenges go beyond liquidity“, 24.10.2019, www.reuters.com/article/argentina-economy-fitch/fitch-says-argentinas-debt-challenges-go-beyond-liquidity-idUSL3N2794EX.
- ¹⁸ Jubilee Debt Campaign (2019): „The IMF is spending \$93 billion bailing out reckless lenders“, jubileedebt.org.uk/press-release/the-imf-is-spending-93-billion-bailing-out-reckless-lenders
- ¹⁹ Siehe erlassjahr.de (2019): „Ecuador: Aufstand gegen den IWF“, erlassjahr.de/news/ecuador-aufstand-gegen-den-iwf/ und Finn, D. (2019): „Lenin Moreno Has Betrayed Ecuador. Now the Country Is in Revolt – An Interview with Guillaume Long“, jacobinmag.com/2019/10/ecuador-protests-lenin-moreno-correa-imf.
- ²⁰ Siehe Cheatham, A. (2019): „What’s Driving the Protests in Haiti?“, Council on Foreign Relations, www.cfr.org/in-brief/whats-driving-protests-haiti.
- ²¹ Siehe Allinson, T. (2019): „Egypt quells protests with more stick than carrot“, www.dw.com/en/egypt-quells-protests-with-more-stick-than-carrot/a-50763401.
- ²² Siehe IWF (2019a), S. xvi.
- ²³ Aussagen des Botschafters von Malawi, siehe Vereinte Nationen (2019): „Second Committee, 6th meeting – General Assembly, 74th session“, webtv.un.org/search/second-committee-6th-meeting-general-assembly-74th-session/6093806513001/?term=&lan=english&cat=2nd%20Committee&page=1, Minute 1:31.
- ²⁴ Aussagen des Botschafters von Jamaika, siehe Vereinte Nationen (2019), Minute 1:39. Für mehr Informationen zum G77-Prozess von 2014, siehe Kaiser, J. (2014): „Hoffnung für verschuldete Staaten – Gelingt den Vereinten Nationen die Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens?“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Dialogue on Globalization, library.fes.de/pdf-files/iez/global/11107.pdf.
- ²⁵ Siehe Aussage des Moderators bei einer Podiumsdiskussion bei der Jahrestagung des IWF und der Weltbank am 17.10.2019, IWF (2019b), Minute 01:05.
- ²⁶ Siehe Delegation of the European Union to the United Nations (2019): „EU Statement – United Nations 2nd Committee: General Debate“, 08.10.2019, eeas.europa.eu/delegations/un-new-york/68522/eu-statement-%E2%80%93-united-nations-2nd-committee-general-debate_en.

Wenn der Klimawandel zur Schuldenfalle wird

Mit Schuldenerlass Schäden und Verluste bewältigen

Von Jürgen Kaiser

Wetterextreme wie Dürren, Stürme oder Überschwemmungen nehmen seit vielen Jahren deutlich an Zahl und Intensität zu: Auswirkungen des Klimawandels, die zum Teil verheerende Folgen für die Menschen nach sich ziehen. Besonders betroffen sind zum Beispiel viele kleine Pazifik- und Karibikstaaten sowie die Länder in der Sahelzone. Länder, die zudem hoch verschuldet sind. Entschuldung kann sinnvoll dazu beitragen, klimawandelbedingte Naturkatastrophen zu bewältigen.

Beim menschengemachten Klimawandel sind Verursacher und Geschädigte häufig nicht dieselbe Person oder Nation. So wirkt er sich im Globalen Norden, dessen Länder für den größten Teil der Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, nur moderat auf das Leben der Menschen aus – oder ist wirtschaftlich sogar profitabel, wie im Fall der

Inselentwicklungsstaaten im Pazifik und in der Karibik sowie die Staaten der Sahelzone sind von den negativen Auswirkungen des Klimawandels besonders betroffen.

im Pazifik oder in der Karibik nur minimal zur globalen Treibhausgasemission bei. Gleichwohl sind sie von den Folgen des CO₂-Anstiegs weltweit am stärksten betroffen. Dabei sind die Auswirkungen des Klimawandels auf die tropischen und subtro-

zunehmend eisfreien Schifffahrtswege nördlich des asiatischen Kontinents. Dagegen tragen wirtschaftlich schwächere Länder wie etwa Staaten der Sahelzone ebenso wie kleine Inselstaaten

pischen Länder fast durchweg negativ: Ob kaum noch erträgliche Tagestemperaturen und dadurch verursachte Dürren im Sahel oder die immer heftigeren Stürme in der Karibik: Insbesondere die Armen und Verletzlichsten einer Gesellschaft leiden massiv unter den Folgen des Klimawandels. Wie kann Schuldenerlass in dieser Situation zu einem gerechten Ausgleich zwischen Verursachern und Opfern des Klimawandels beitragen?

Ökologische Schulden des Nordens

Es ist nicht unangemessen, wie Papst Franziskus in diesem Zusammenhang auf die ökologischen Schulden des Nordens beim Süden hinzuweisen und für deren Begleichung unter anderem den Erlass finanzieller Schulden des Südens beim Norden zu fordern.¹ Das haben sozialen Bewegungen im Globalen Süden immer wieder getan²; mit hoher Plausibilität und großer moralischer Autorität – und in der Regel ohne jeden politischen Erfolg.

Neben der starren Ablehnung solcher Überlegungen durch die westlichen Regierungen und Gesellschaften, die den ungehemmten Verbrauch der Ressource Weltklima als eine Art Menschenrecht betrachten, gehören aber auch objektive Schwierigkeiten bei der Definition angemessener Schuldenerlasse zur Kompensation der Verantwortung für den Klimawandel zu den Gründen für die bisherige Erfolglosigkeit: Die beiden Hauptstränge der internationalen Diskussion um eine angemessene Klimafinanzierung drehen sich um die beiden Begriffe *Mitigation* (Abmilderung) und *Adaptation* (Anpassung). Gemeint



Von Kommunikation © 2019

ist damit zum einen, das Fortschreiten des Klimawandels so gut wie möglich zu verhindern, und zum anderen, mit weiteren Mitteln die Anpassung der Betroffenen an die erschwerten Lebensbedingungen zu ermöglichen. Beides sind langfristige Finanzierungen, zu denen auch ein Schuldenerlass seinen Teil beitragen könnte. Faktisch ist es indes sehr schwierig festzulegen, welche Schulden für welches Vorhaben in einem dieser beiden Bereiche erlassen werden sollen – und welche Länder in den Genuss dieser Erlasse kommen sollten. Der Preis für die Heranziehung von Gläubigeransprüchen zur Bewältigung der Klimakrise ist in jedem Fall eine Störung der normalen Beziehungen zwischen einem Staat und seinen externen Financiers, die mit Recht die Erfüllung eingegangener Rückzahlungsverpflichtungen erwarten. Ein solcher Eingriff in die

bestehende Geschäftsbeziehung kann zwar in Einzelfällen notwendig und berechtigt sein – und ist es in der Geschichte auch immer wieder gewesen. Eine einmalige politische Intervention kann aber keine anhaltende Finanzierung sicherstellen, wie sie für *Adaptation* und *Mitigation* erforderlich ist. Abgesehen von diesem Missverhältnis von einmaligem Erlass und anhaltendem Finanzierungsbedarf, setzt eine sinnvolle und beiderseits akzeptierte Schuldenregelung stets voraus, dass alle, oder wenigstens die große Mehrheit der beteiligten Gläubiger, angesichts einer bedrohlichen Krisensituation das Gefühl einer fairen, auf gegenseitigen Interessenausgleich bedachten Lösung haben. Schließlich sollen sich anschließend die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Kreditgebern und Kreditnehmer möglichst rasch wieder normalisieren.

Schuldendienst in Mittel für die Bewältigung von Schäden und Verlusten verwandeln

Eine andere Ausgangslage liegt vor, wenn es nicht um die Bewältigung einer anhaltenden Stresssituation geht, sondern wenn Mittel für die Bewältigung eines externen Schocks, zum Beispiel in Form einer Dürre oder einer Überschwemmung, benötigt werden. Genau das diskutiert die internationale Gemeinschaft im dritten Strang der UN-Klimafinanzierungsdebatte, in dem es um *Loss and Damage* geht – also um die Bewältigung von dauerhaften Verlusten und vorübergehenden Schäden infolge des Klimawandels.³ Die UN-Klimarahmenkonvention (engl. *United Nations Framework Convention on Climate Change*, UNFCCC) hat dafür sogar einen eigenen Arbeitszusammenhang geschaffen, den nach der Klimakonferenz von 2013 benannten *Warsaw International Mechanism* (WIM).⁴

Der WIM soll neben seiner Rolle als Plattform für den Austausch über den Umgang mit Schäden und Verlusten auch eine eigenständige Finanzierungsfunktion für Länder umfassen, die eindeutig auf den Klimawandel zurückzuführende Schäden und/oder Verluste erleiden. Der Mechanismus soll zum Beispiel nach einem schweren Wirbelsturm schnell und verlässlich Mittel sowohl für die unmittelbare Katastrophenhilfe als auch für den mittelfristigen Wiederaufbau zur Verfügung stellen. Genau dazu kann auch die Gewährung von Schuldenerleichterungen einen sinnvollen und spürbaren Beitrag leisten.

So könnte es gehen: Entschuldungsinitiative für kleine Inselstaaten

Das karibische Entschuldungsnetzwerk *Jubilee Caribbean* hat dazu bereits 2018 einen Vorschlag unterbreitet und im Zusammenhang des UN-Entwicklungsfinanzierungsprozesses *Financing for Development*⁵ mit Regierungen innerhalb und außerhalb der eigenen Region diskutiert. Im Kern schlägt *Jubilee Caribbean* die Schaffung einer Entschuldungsinitiative für hoch verschuldete karibische Inselstaaten vor. Diese würde nach einer klimawandelbedingten Katastrophe die existierende Staatsverschuldung, das heißt den bereits in den öffentlichen Haushalten eingeplanten Schuldendienst, in ein Instrument der Not- und Wiederaufbauhilfe umwandeln.

Unter dem Stichwort „Loss and Damage“ diskutiert die UN-Klimakonferenz die Bewältigung dauerhafter Verluste und vorübergehender Schäden.

Ein solcher Schuldenerlass würde Ressourcen mobilisieren, die sich bereits in den Händen der Behörden befinden und deshalb nicht in langwierigen Verfahren unter hilfsbereiten Gebern eingesammelt werden müssen. Im Normalfall geht es dabei um Devisen, die im Rahmen der öffentlichen Haushaltsführung budgetiert und für die Bedienung des regulären Schuldendienstes an ausländische Gläubiger vorgesehen sind. Sie würden dem Vorschlag zufolge statt für den Schuldendienst für die Finanzierung von Maßnahmen der Katastrophenhilfe und des Wiederaufbaus verwendet. Der budgetierte Schuldendienst würde damit im Krisenfall genau das leisten, was internationale Finanzinstitutionen gefährdeten Staaten gerne empfehlen, nämlich Devisenreserven für „Notsituationen“ anzulegen.

Eine solche Entschuldungsinitiative umfasst zwei Elemente:

- ein **zinsfreies Moratorium**, das den gesamten budgetierten Schuldendienst an alle Gläubiger kurzfristig für die Finanzierung von Nothilfemaßnahmen zur Verfügung stellen würde⁶, und
- ein **Umschuldungsverfahren**, das den gesamten Auslandsschuldenstand auf ein tragfähiges Maß reduzieren würde. Dieses ist so niedrig kalkuliert, dass das Land unter Beachtung seiner ökologischen und ökonomischen Verletzlichkeit mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht kurzfristig erneut in eine Überschuldung geraten wird.

Ein solcher Prozess zur Entschuldung würde unmittelbar nach einer klimawandelbedingten Katastrophe beginnen und mit den folgenden Schritten umgesetzt werden:

1. Das von der Katastrophe betroffene Land beantragt bei einer vorab identifizierten internationalen Institution die Gewährung eines Schuldenmoratoriums.

2. Die Institution berät den Antrag auf der Basis der vorliegenden Informationen und gewährt gegebenenfalls das Moratorium innerhalb einer Zeitspanne von maximal sieben Tagen.
3. Das Moratorium wird auf einen bestimmten Zeitraum begrenzt, der im Normalfall sechs Monate betragen sollte. In dieser Zeit ruhen alle Zahlungsverpflichtungen des Schuldners und Rechtswege zur Erzwingung des Schuldendienstes können nicht beschritten werden.⁷
4. Innerhalb der gewährten Zahlungseinstellungsfrist wird ein Gläubigerkomitee unter Beteiligung aller Forderungsinhaber gegenüber dem betroffenen Land organisiert, welches die Verhandlungen mit dem Schuldnerland aufnimmt.
5. Die Verhandlungen schließen Vertreter aller Gläubiger ein und finden unter neutralem Vorsitz statt. Sie enden – sofern sich dies als notwendig erweist – mit der Restrukturierung aller Verbindlichkeiten des Schuldnerlandes.

das Moratorium gewährt und der darauf folgende Umschuldungsprozess ausgelöst. Dessen Ergebnis wiederum, also der Umfang des gegebenenfalls zu gewährenden Schuldenerlasses, hängt vom Ergebnis der unabhängigen Schuldentragfähigkeits-Analyse ab. Solche Analysen erstellt der Internationale Währungsfonds (IWF) regelmäßig für seine Mitgliedsländer. Da die Analyse in diesem Fall unmittelbar dazu führt, dass Gläubigerforderungen, darunter möglicherweise auch die des IWF selber, reduziert werden, muss damit eine unparteiische Institution betraut werden, die selbst von einer Entscheidung weder positiv noch negativ betroffen wäre.

Eine Option hierfür kann die in der UNCTAD *Roadmap and Guide for Sovereign Debt Workout* vorgeschlagene *Debt Workout Institution* sein, die generell als Organisatorin und Unterstützerin eines Umschuldungsprozesses fungiert.⁸ Solange diese noch nicht existiert, oder wenn sich Gläubiger und Schuldner darauf verständigen, können auch andere kompetente Institutionen die Analyse vor-

Unparteiische Institutionen unterstützen Entschuldung

Ein Schlüsselement des Entschuldungsprozesses ist eine neutrale und kompetente Institution, die zum einen den Vorsitz bei den Verhandlungen führt und zum anderen befugt ist, die Schuldentragfähigkeit des betroffenen Landes zu bewerten. Für diese gibt es mindestens zwei Optionen:

- die Beauftragung einer bereits existierenden internationalen Institution mit der Kompetenz, die durch eine klimawandelbedingte Naturkatastrophe angerichteten Schäden zu bewerten und/oder langfristige Folgen für die Schuldentragfähigkeit abzuschätzen.
- eine zu genau diesem Zweck neu geschaffene Institution.

Zu Beginn der Umsetzung einer solchen Entschuldungsinitiative sollte verbindlich festgestellt werden, ob die Voraussetzungen für ein Moratorium erfüllt sind, etwa dadurch, dass ein im Rahmen des WIM vorab definiertes Ausmaß von Zerstörungen überschritten wurde. Ist dies der Fall, wird



Während weite Landesteile Kenias von Dürren betroffen sind, nehmen in anderen Landesteilen Überschwemmungen zu – beides Folgen des Klimawandels. 2017 herrscht in Marsabit eine schwere Hungersnot.

© Oxfam / MISEREOR

nehmen. Hierbei könnte es sich auch um eine regionale Institution handeln, im Fall der Karibik zum Beispiel um die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika CEPAL – vorausgesetzt, diese genießt auch das Vertrauen der außerhalb der Region beheimateten Gläubiger.

Versicherungen als alternative Risikoabsicherung?

Die vorgeschlagene Schuldenerleichterung ist sicherlich nicht die einzige Option zur Finanzierung von Schäden und Verlusten durch den Klimawandel. Die internationale Gemeinschaft diskutiert weitere Möglichkeiten, die allesamt – wie der Vorschlag von *Jubilee Caribbean* auch – Stärken und Schwächen aufweisen. *erlassjahr.de* hat diese Alternativen an anderer Stelle ausführlich analysiert.⁹ Für eine dieser Optionen macht sich die deutsche Bundesregierung unter anderem im Rahmen ihres Engagements im Netzwerk *Finance Ministers for Climate Action*¹⁰ stark, nämlich für die Förderung einer Versicherungslösung für betroffene Personen, Unternehmen und Staaten. Bei der

Weltklimakonferenz 2017 in Bonn hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Gründung der *InsuResilience*-Partnerschaft angestoßen, in der sich Regierungen, internationale Organisationen und die Versicherungswirtschaft um die Verbreitung privater Risikoabsicherungen bemühen.¹¹

Wie eine Entschuldung greifen auch Risikoabsicherungen bei Naturkatastrophen, nicht aber bei schleichenden Veränderungen. In Zeiten, in denen „Privat vor Staat“ als Prinzip hochgehalten wird, liegt es nahe, das Potenzial privater Versicherungslösungen bei der Bewältigung von Naturkatastrophen zu untersuchen und gegebenenfalls zu nutzen. Es zeigt sich dabei allerdings schnell, dass die Kombination aus geringem wirtschaftlichen Potenzial des Versicherungsnehmers, hohen punktuellen Schäden und hoher Schadenswahrscheinlichkeit eine privatwirtschaftliche Lösung sehr teuer macht.¹² Das Unternehmen *Swiss Re* hat als ein Pionier dieses Geschäftszweigs kürzlich versucht, ein entsprechendes Versicherungsprodukt anzubieten. Auf flächendeckende Annahme



Kenia



Vor allem in den trockenen und halbtrockenen Gebieten Kenias leiden die umherwandernden Viehhirt*innen, so genannte Pastoralist*innen, unter dem klimawandelbedingten Temperaturanstieg. Ihre Lebensbedingungen haben sich massiv verschlechtert. Immer wieder müssen sie den Verlust von Tieren beklagen. In einigen Regionen des Landes ist der Viehbestand zwischen 1977 und 2016 um ein Viertel zurückgegangen. Auch Kleinbäuer*innen kämpfen in den dürregefährdeten Gebieten ums Überleben. Gleichzeitig ist in anderen Teilen Kenias eine Häufung von Überschwemmungen zu beobachten. Ohnehin ist die Nahrungsmittelversorgung in Kenia problematisch, nicht nur in den direkt von Dürre- und Flutkatastrophen betroffenen Gegenden.

Der Klimawandel verstärkt das Hungerproblem weiter. Vor allem Frauen sind betroffen, denn sie leiten über 40 Prozent der kleinbäuerlichen Produktion und stellen über 80 Prozent der Arbeitskräfte im Anbau. Insgesamt mangelt es an Maßnahmen zur Krisenbewältigung. So hat die nationale Katastrophenschutzbehörde zwar Geldmittel dafür im Haushalt eingeplant, ist aber bei der Auszahlung augenscheinlich überfordert. Und statt in Projekte zu investieren, die die Folgen des Klimawandels abfedern, setzt die kenianische Regierung unverändert auf große Infrastrukturprojekte zur Energiegewinnung. Um diese Infrastrukturprojekte zu finanzieren, werden immer größere Kredite aufgenommen. Das verschärft die Schuldenkrise im Land weiter.

Risikofaktoren für die Zahlungsfähigkeit

-  Extraktivismus
-  politische und soziale Fragilität
-  Schuldenstruktur
-  Naturkatastrophen/ Klimawandel

siehe Seite 13f.

kann das Unternehmen indes schon deshalb nicht hoffen, weil die durch den Klimawandel bedingte Zunahme der Häufigkeit von Katastrophen zu einem wenig attraktiven Angebot zwingt.

Da sich Betroffene in der Regel rein private Absicherungen nicht leisten können, bieten sich subventionierte Modelle an. Als Reaktion auf die Schwierigkeiten rein privatwirtschaftlicher Lösungen hat zum Beispiel die Weltbank mit Unterstützung einiger Geberländer die *Caribbean Catastrophe Risk Insurance Facility* (CCRIF) geschaffen. Als öffentlich subventionierte Versicherung war sie in der Vergangenheit in der Lage, in Katastrophenfällen rasche Auszahlungen vorzunehmen. Allerdings blieben die ausgezahlten Summen sehr überschaubar. So erhielt der karibische Inselstaat Dominica nach der verheerenden Zerstörung durch den Tropensturm „Maria“ im Jahr 2017 eine Auszahlung in Höhe von 19,3 Millionen US-Dollar. Angesichts der erlittenen Zerstörungen, die auf über 900 Millionen US-Dollar geschätzt werden, war dies nicht viel mehr als der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein. Insgesamt zahlte die CCRIF nach der verheerenden Hurrikan-Saison 2017 54,4

Millionen US-Dollar an Antigua und Barbuda, Anguilla, St. Kitts und Nevis sowie Dominica.¹³

Die Stärke der CCRIF liegt sicherlich darin, Auszahlungen sehr schnell vorzunehmen, in der Regel innerhalb von zwei Wochen nach der Katastrophe. Angesichts ihrer relativ schwachen Kapitalausstattung von weniger als 100 Millionen US-Dollar bleibt ihr Hilfpotenzial im Fall größerer Katastrophen allerdings beschränkt. Seit ihrer Gründung hat die CCRIF trotz der großen Zerstörungen 2015 und 2017 bisher mehr an Beiträgen aus der Region eingenommen, als dorthin ausbezahlt.¹⁴ Avinash Persaud, Berater der Regierung von Barbados, bringt die Schwäche des Ansatzes auf den Punkt:

„Dem Klimawandel ist mit privaten Versicherungen nicht beizukommen. Versicherungen funktionieren dann gut, wenn die versicherten Risiken voneinander unabhängig sowie von unterschiedlicher Natur sind, sie unvorhersehbar auftreten und man die Risiken über unterschiedliche Schäden und über einen möglichst langen Zeitraum strecken kann. Aber was zeigt uns der Klimawandel? Dass Katastrophen immer



Sri Lanka

Sri Lanka leidet akut unter den Auswirkungen des Klimawandels. Eine immer früher und heftiger einsetzende Regenzeit, zunehmende Erdbeben, steigende Durchschnittstemperaturen und dürrebedingte Ernteauffälle treffen insbesondere die ländliche Bevölkerung hart. Bäuer*innen leiden zunehmend unter Einkommensausfällen, Fischer*innen unter den stärkeren Stürmen, die ein Fischen unmöglich machen. Besonders gefährdet sind zudem arme Menschen. Sie siedeln oft in so genannten „informellen“ Siedlungen, die nicht an die Infrastruktur angeschlossen sind. Diese Armenviertel liegen häufig in Überschwemmungs- und Dürregebieten, an Flussläufen oder Abhängen, die den Unwettern nicht standhalten.

Die Bevölkerung ist sich der Auswirkungen des globalen Klimawandels durchaus bewusst. Die Politik greift das Thema indes kaum auf. Umweltschutz und mögliche Maßnahmen, um die Auswirkungen des Klimawandels einzudämmen, sind nur marginale Punkte unter vielen Wahlversprechen. Für eine effektive Katastrophen- und Wiederaufbauhilfe hat die Regierung weder die nötigen haushaltspolitischen noch personellen Kapazitäten. Mit den Folgen von Katastrophen wie Erdbeben wird deshalb oft nicht adäquat umgegangen. Die Schuldenkrise des Landes lässt der Regierung kaum Handlungsspielräume für die Katastrophenvorsorge. Veränderungen passieren daher nur im Kleinen, so hat die Regierung zum Beispiel vor zwei Jahren Plastiktüten verboten.

Risikofaktoren für die Zahlungsfähigkeit

siehe Seite 13f.



Pakistan



In Pakistan sind die gefährlichen Auswirkungen des Klimawandels besonders sichtbar: Die Monsunzeiten verschieben sich, und es kommt zu immer stärkeren Regenfällen. Die Wassermassen überfluten ganze Landstriche. Die dort lebende Bevölkerung verliert so ihre Lebensgrundlage: Nutzvieh, Häuser, fruchtbare Bodenkrume, Pflanzungen und Saatgut werden weggeschwemmt. Ernten verschimmeln, weil das Wasser nicht mehr abfließt. Jedes Jahr sterben Menschen durch Erdbeben, die durch den Starkregen ausgelöst werden. Viele müssen fliehen. Zunehmend wird das Land am Hindukusch aufgrund der Klimaveränderungen auch von Dürren heimgesucht. Eine beunruhigende Entwicklung, denn schon heute zählt Pakistan zu einem der ärmsten Länder Asiens.

Die pakistanische Regierung könnte das Katastrophenrisiko senken, indem sie gezielt Programme auf den Weg bringt, die die Armut reduzieren und in Vorsorgemaßnahmen zum Klima- und Umweltschutz investieren. Von einem solchen sozio-ökologischen Wandel und einer vorsorgenden Nachhaltigkeitspolitik ist jedoch wenig erkennbar. Im Gegenteil: Die wirtschaftliche Ausrichtung des Landes geht mit Mega-Infrastrukturprojekten und dem Ausbau der Kohleförderung in die falsche Richtung und vergrößert den CO₂-Ausstoß noch. Dringend benötigte Sozial- und Umweltprogramme können nicht finanziert werden, weil dem Land der Staatsbankrott droht: Pakistan hat ca. 200 Milliarden Euro Schulden, das Haushaltsdefizit beträgt 10 Prozent der Wirtschaftsleistung. Fast ein Drittel der Staatseinnahmen fließt in die Schuldentilgung. Mit den Infrastruktur-Großprojekten steigt das Verschuldungsrisiko weiter an und treibt Pakistan in eine Verschuldungsspirale.

Risikofaktoren für die Zahlungsfähigkeit

siehe Seite 13f.

heftiger werden und immer stärker miteinander korrelieren.“¹⁵

Aber auch jenseits solcher eher pragmatischer Überlegungen bleibt das Prinzip einer privaten Risikoversicherung in diesem Zusammenhang fragwürdig: Die private Versicherungswirtschaft mit Sitz im Globalen Norden, der für den überwiegenden Teil der Treibhausgase verantwortlich

Versicherungen sind kein angemessener Umgang mit Schäden und Verlusten: Sie sind teuer und moralisch fragwürdig.

ist, verkauft den Betroffenen des Klimawandels im Globalen Süden eine kommerzielle Versicherung und erhofft sich daraus einen Gewinn. Da die betroffenen Länder zu arm sind und das Risiko für eine angemessene Risikostreuung zeitlich und regional zu konzentriert ist, muss die angebotene Versicherung mit öffentlichen Mitteln aus dem Globalen Norden subventioniert werden, um überhaupt erschwinglich zu sein.

Entschuldung nach Katastrophen: Realistisch und machbar?

Eine Entschuldungsinitiative wie die oben beschriebene erfindet das Rad nicht neu. Vielmehr waren die meisten ihrer Elemente in der einen oder anderen Weise schon einmal Teil von Entschuldungsprozessen:

Hurrikans sind in Einzelfällen bereits als Auslöser für Umschuldungen vereinbart worden.

Private wie auch öffentliche Gläubiger haben in der jüngeren Vergangenheit bereits so genannte „Hurrikan-Klauseln“ in ihre Umschuldungsvereinbarungen mit einzelnen Schuldnern aufgenommen. Zum Beispiel taten dies private Anleihegläubiger und die Regierung von Taiwan in ihren jeweiligen Umschuldungsabkommen mit Grenada im Jahr 2015. Taiwan war zu der Zeit Grenadas wichtigster bilateraler Gläubiger. Beide Klauseln sehen Moratorien und weitere Umschuldungen im Fall erneuter Schäden durch Wirbelstürme vor.¹⁶ Das gleiche Ziel erreichte Barbados Ende Oktober 2019 in der letzten Umschuldung mit seinen Anleihegläubigern.¹⁷

Finanzmärkte können mit undefinierbaren Kreditrisiken durchaus umgehen. Anleihen, deren Rückzahlungsbedingungen nicht fix, sondern an den wirtschaftlichen Erfolg des Schuldners gebunden sind, wurden bereits in der Vergangenheit von den Märkten angenommen, beispielsweise bei der Umschuldung Argentiniens 2007. Auch wenn solche BIP-indexierten Anleihen noch einen sehr kleinen Marktanteil aufweisen, zeigen sie doch, dass für Anleger eine Risikoteilung kein grundsätzliches Ausschlusskriterium darstellt.

Schuldenmoratorien erleichterten bereits in der Vergangenheit die unmittelbare Nothilfe und die Finanzierung erster Wiederaufbauvorhaben. Nach dem Tsunami von 2004 im Indischen Ozean hat der Pariser Club für die betroffenen Länder Sri Lanka und Indonesien einseitig ein Moratorium erklärt, im letzteren Fall sogar gegen spürbare Zurückhaltung des Schuldners. Die von der indonesischen Regierung nach diesem Moratorium befürchteten Einschränkungen beim Zugang zum Kapitalmarkt traten indes nicht ein.

Schuldenerleichterungen für Gruppen von Ländern in besonders kritischen Situationen waren schon in der Vergangenheit erfolgreich. Die *Heavily Indebted Poor Countries* (HIPC)-Initiative¹⁸ von Weltbank und IWF hat gezeigt, dass es sogar möglich ist, alle Schulden von Ländern in besonderen schwierigen Situationen auf ein tragfähiges Maß zu reduzieren. Auch wenn die HIPC-Initiative mit ihren verschiedenen Erweiterungen konzeptionell und in der Umsetzung Anlass zur Kritik gab, so hat sie doch einer großen Zahl von Ländern einen wirtschaftlichen Neuanfang ermöglicht, der ohne sie nicht erreichbar gewesen wäre. In der Diskussion um Schuldenerlass für die Bewältigung von Schäden und Verlusten ist die wichtigste Lehre der HIPC-Initiative, dass es durchaus möglich war, für eine begrenzte Gruppe von Ländern ein klar umrissenes Schuldenerlassprogramm zu definieren, ohne dass dies einen international vereinbarten Entschuldungsmechanismus für alle Länder voraussetzte.

Fazit und Empfehlung

Veränderungen im Umgang mit globalen Schuldenkrisen beruhen fast nie auf sorgfältig abwägenden internationalen politischen Prozessen. Vielmehr



© Mandelartz / MISEREOR

Wirbelstürme und Extremwetter nehmen zu: Den 8. November 2013 werden die Bewohner und Bewohnerinnen in vielen Teilen der Philippinen nicht vergessen. Mit unglaublicher Wucht fegte Taifun Haiyan über das Land hinweg und hinterließ eine Spur der Verwüstung.

änderten sich die Regeln und Kriterien für die Bearbeitung einer Schuldenkrise und für die Gewährung eines Schuldenerlasses in der Vergangenheit abhängig davon, wie Gläubiger und internationale Finanzinstitutionen auf wirtschaftliche und finanzpolitische Notlagen einzelner Länder oder ganzer Ländergruppen reagierten. Entsprechend unsystematisch und insgesamt reformbedürftig ist das internationale Regelwerk.

Dies gilt zum Beispiel für internationale Entschuldungsinitiativen wie die HIPC-Initiative, die seinerzeit tatsächlich zu einem Paradigmenwechsel in der Schuldenpolitik geführt hat, aber bei der Qualifizierung beziehungsweise Nicht-Qualifizierung von Ländern die politischen Interessen mächtiger Gläubigerregierungen widerspiegelte – etwa als die Kriterien so formuliert wurden, dass das erwünschte Gleichgewicht zwischen frankophonen und anglophonen afrikanischen Ländern in der Initiative zustande kam. Außerhalb der weltweiten HIPC-Initiative wurden Entschuldungen überdies in Form kleinerer oder größerer Ad-hoc-Regelungen für einzelne Länder gewährt.

Um das System der internationalen Kreditvergabe und den damit verbundenen Schuldenrestrukturierungen für Gläubiger wie Schuldner berechen-

Aus Einzelfall-Entscheidungen sollte eine permanente international anerkannte Entschuldungsoption für insolvente Staaten werden.

bar zu machen, sollte aus solchen Einzelfall-Entscheidungen eine permanente international anerkannte Ent-

schuldungsoption für insolvente Staaten werden. Die derzeitige Diskussion um Schuldenerleichterungen für diejenigen Länder, die besonders von den Folgen des fortschreitenden Klimawandels bedroht sind, insbesondere durch immer heftigere Wirbelstürme oder Überschwemmungen, zielt neben der unmittelbaren Nothilfe für diese Länder auch auf eine solche verlässliche und international vereinbarte Regelung, die verhindert, dass Naturkatastrophen zu anhaltender Überschuldung führen.

Die HIPC-Initiative wurde Mitte der neunziger Jahre geschaffen, nachdem viele der später entlasteten Länder schon ein „verlorenes Entwicklungsjahrzehnt“ hinter sich hatten. Es wäre tragisch, wenn es erst einer weiteren katastrophalen Hurrikan-Saison bedürfte, bevor sich die Gläubiger und die internationalen Finanzinstitutionen bereit erklären, eine wirksame Entschuldungsoption für die Opfer des Klimawandels zu schaffen.

- ¹ „Enzyklika Laudato si‘ von Papst Franziskus über die Sorge für das gemeinsame Haus“, Libreria Editrice Vaticana, Hrsg.: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, 4. korrigierte Auflage, Bonn 2018, Seite 171.
- ² Siehe zum Beispiel Christian Aid (1999): „Who owes who?“ oder Centro Humboldt (2000): „El Reclamo de la Deuda Ecologica: Un Paso hacia la Justicia Global“.
- ³ Brot für die Welt (2016): „Making Paris work for Vulnerable Countries“; Seite 19-21.
- ⁴ UNFCCC (2019): „Warsaw International Mechanism for Loss and Damage associated with Climate Change Impacts (WIM)“, unfccc.int/topics/adaptation-and-resilience/workstreams/loss-and-damage-ld/warsaw-international-mechanism-for-loss-and-damage-associated-with-climate-change-impacts-wim.
- ⁵ Der *Financing for Development*-Prozess geht auf die gleichnamige Konferenz der Vereinten Nationen 2002 in Monterrey, Mexiko, zurück. Bei jährlichen *Financing for Development*-Foren werden verschiedene Aspekte der Entwicklungsfinanzierung von Regierungsvertreter*innen und UN-Botschafter*innen diskutiert. Verschuldung ist eines dieser Themen.
- ⁶ Im Zusammenhang mit dem Moratorium ist zu beachten, dass in extremen Krisensituationen oder auch bei faktischer Insolvenz Moratorien häufig einseitig, ad-hoc und oft auch ohne offizielle Erklärung derselben erfolgen. Gegenüber einer solchen „ungeregelten“ Zahlungseinstellung bietet ein vom Schuldner beantragtes und von einer unparteiischen Institution ausdrücklich gebilligtes Moratorium den Vorteil eines gesetzeskonformen Zustandes, auf dessen Grundlage alle Beteiligten gemeinsam eine mittelfristig tragfähige Regelung aushandeln können.
- ⁷ Gesetzliche Regelungen zur Schaffung von Rechtssicherheit im Falle eines unabwendbar notwendigen Schuldenerlasses sind in den letzten Jahren in Belgien, Frankreich und Großbritannien geschaffen worden, um nicht-kooperierende „Geierfonds“ davon abzuhalten, nach der Gewährung eines teilweisen Schuldenerlasses Forderungen an ein Schuldnerland zu Lasten kooperativer Gläubiger einzutreiben. Derzeit wird unter den europäischen Institutionen die Ausdehnung solcher gesetzlicher Regelungen auf die gesamte Europäische Union diskutiert.
- ⁸ UNCTAD (2015): „Roadmap and Guide for a Sovereign Debt Workout“, Section III.2.2.
- ⁹ erlassjahr.de (2018): „Vor dem nächsten Sturm– Schuldenerlass als Krisenreaktion in der Karibik“, erlassjahr.de-Fachinformation 59.
- ¹⁰ Das Netzwerk wurde bei der Jahrestagung 2018 von IWF und Weltbank gegründet und diskutiert unter derzeit 50 Finanzministerien aus Nord und Süd Optionen der Klimafinanzierung. Deutschland ist Mitglied des Netzwerks. Siehe Climate Action Peer Exchange (2019): „The Coalition of Finance Ministers for Climate Action“, www.cape4financeconomy.org/coalition_of_finance_ministers.
- ¹¹ Siehe Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) (2019): „InsuResilience Global Partnership“, www.insuresilience.org.
- ¹² Dazu kommt, dass in Entwicklungsländern enorm große Gebiete mit schlechter Datenlage abgedeckt werden müssen und so Wetter-Indizes benutzt werden, die es kaum erlauben, für die Haushaltsebene gerechte Auszahlungen zu leisten.
- ¹³ Siehe Action Aid (2019): „Market solutions to help climate victims fail human rights test“, Seite 26.
- ¹⁴ Jubilee Debt Campaign (2019): „The CCRIF-SPC“, jubileedebt.org.uk/?s=CCRIF.
- ¹⁵ Zitiert nach: Jubilee Debt Campaign (2018): „Don't owe - shouldn't pay“. jubileedebt.org.uk/report/dont-owe-shouldnt-pay-the-impact-of-climate-change-on-debt-in-vulnerable-countries. Übersetzung: erlassjahr.de.
- ¹⁶ Auch das parallele Abkommen Grenadas mit dem Pariser Club enthält eine „Hurrikan-Klausel“. Diese ist allerdings ohne jede Wirkung, da sie lediglich erneute Verhandlungen in Aussicht stellt - die Grenada ebenso gut auch ohne eine solche Klausel beantragen könnte.
- ¹⁷ Bases, D. (2019): „Barbados reaches Debt Restructuring Deal with creditors“, LatinFinance, 18.10.2019, <https://www.latinfinance.com/daily-briefs/2019/10/21/barbados-reaches-debt-restructuring-deal-with-creditors>.
- ¹⁸ Die HIPC-Initiative führte seit 1996 mit ihren zahlreichen Modifizierungen und Erweiterungen bis heute zur weitgehenden Schuldenentlastung von 36 hochverschuldeten armen Länder bei allen Gläubigern.

Tab. 1 - Überschuldungsgefährdete Länder weltweit (Stand 2018)

Indikator Länder nach Regionen	Öffentliche Schulden		Öffentliche Schulden / Staatseinnahmen		Auslandsschuldenstand / BIP		Auslandsschuldenstand / Exporteinnahmen		Auslandsschuldenstand / Exporteinnahmen		Risiko der Überschuldung laut IWF ²
	/ BIP	Trend ¹	/ Staatseinnahmen	Trend ¹		Trend ¹		Trend ¹		Trend ¹	
Südasien, Südostasien, Pazifik											
Afghanistan	7,1	▼	25,3	▼	13,4	—	209,8	▲	4,9	▲	
Bangladesch	34,8	—	343,9	—	18,2	—	117,7	▲	6,3	—	
Bhutan	102,6	—	330,3	▲	109,2	▲	313,1	▲	10,7	▼	
China, VR	50,5	▲	172,9	▲	14,5	▼	68,0	—	8,2	▲	
Indien	69,8	—	338,8	—	19,3	▼	93,1	—	11,4	▼	
Indonesien	29,2	▲	196,1	▲	36,6	—	169,6	▲	10,9	▼	
Kambodscha	29,4	—	132,4	▼	66,9	▲	80,7	▲	4,5	▼	
Kiribati	21,9	▲	17,7	▲	22,0	▲	26,3	▲	3,0	▲	
Laos	63,0	▲	358,8	▲	90,2	▲	245,4	—	14,6	▲	
Malaysia	56,2	—	290,7	▲	62,5	—	111,7	—	21,3	▲	
Malediven	61,5	▲	225,7	—	48,0	▲	63,0	▲	9,2	▲	
Marshallinseln	25,2	▼	37,8	▼	35,2	▼	119,4	—	11,2	▲	
Mikronesien	20,2	▼	23,1	▼	20,3	▼	66,7	▼	5,7	▼	
Mongolei	73,3	▲	233,4	▲	253,9	▲	370,1	—	101,6	▲	
Myanmar	38,2	—	214,8	▲	21,5	—	87,3	▼	4,9	—	
Nauru	61,5	▼	52,8	▼	k. A.		k. A.		k. A.		
Pakistan	72,1	▲	471,2	▲	27,6	▲	295,3	▲	19,9	▲	
Papua-Neuguinea	36,9	▲	206,0	▲	78,4	▼	166,5	▼	26,1	▲	
Samoa	50,2	—	146,4	—	51,3	▼	137,2	▼	9,8	▲	
Singapur	108,3	▲	504,9	▲	k. A.		k. A.		k. A.		
Sri Lanka	84,1	▲	624,3	—	60,8	▲	256,4	—	36,0	—	
Taiwan	35,0	—	221,7	—	31,2		52,0		k. A.		
Tonga	49,2	—	91,9	▼	41,3	—	122,5	▼	7,2	—	
Tuvalu	27,6	▼	17,1	▼	28,0	▼	231,2	▼	54,0	—	
Vanuatu	50,5	▲	144,2	▲	45,9	▲	102,2	▲	5,1	▲	
Vietnam	57,5	—	243,7	—	46,7	▲	41,6	—	7,1	▲	
Subsahara-Afrika											
Angola	88,1	▲	399,2	▲	54,0	▲	130,4	▲	21,9	▲	
Äthiopien	61,1	▲	467,9	▲	33,4	—	396,5	▲	20,8	▲	
Benin	54,6	▲	293,6	▲	35,9	▲	133,8	▲	7,8	▲	
Burkina Faso	43,0	▲	188,4	▲	23,4	—	128,1	▲	0,8	▼	
Burundi	58,4	▲	426,1	▲	19,2	▼	245,8	▼	14,0	—	
Côte d'Ivoire	52,2	▲	264,9	▲	37,9	▲	133,1	▲	8,4	▼	
Dschibuti	67,4	▲	223,4	▲	157,6	▲	552,3	▲	57,8	▲	
Eritrea	129,4	—	855,7	—	13,6		126,9		k. A.		
Gabun	58,2	▲	319,7	▲	43,0	▲	k. A.		k. A.		
Gambia	83,2	▲	563,2	▲	42,7	—	220,1	▲	26,2	▲	
Ghana	59,6	▲	409,3	—	36,3	—	105,5	—	21,2	▲	
Guinea	38,7	—	251,0	▲	16,4	—	40,9	▼	1,3	▼	
Guinea-Bissau	56,1	—	335,0	▲	28,9	▲	81,5	▲	1,9	▲	
Kamerun	37,7	▲	239,2	▲	28,7	▲	215,7	▲	10,4	▲	
Kap Verde	127,7	—	452,2	▼	89,3	—	173,6	—	5,6	▲	
Kenia	57,2	▲	312,4	▲	36,1	▲	256,1	▲	22,6	▲	
Komoren	31,2	▲	110,1	▲	16,5	▲	143,2	▼	3,2	▲	
Kongo, Demokratische Republik	15,7	—	128,2	▲	10,9	▼	30,8	▼	2,4	▼	

Fortsetzung Tab. 1 - Überschuldungsgefährdete Länder weltweit (Stand 2018)

Indikator Länder nach Regionen	Öffentliche Schulden		Öffentliche Schulden		Auslandsschul-		Auslandsschul-		Auslandsschul-		Risiko der Überschul-
	/ BIP	Trend ¹	/ Staatseinnahmen	Trend ¹	denstand / BIP	Trend ¹	denstand / Export-	Trend ¹	denstand / Export-	Trend ¹	
							einnahmen		einnahmen		ung laut IWF ²
Kongo, Republik	98,5	▲	323,7	▲	51,1	▲	75,5	▲	8,6	▲	
Liberia	40,5	▲	148,7	▲	44,7	▲	123,1	▲	2,8	▲	
Madagaskar	39,7	▲	265,8	—	31,8	▲	84,5	—	2,7	—	
Malawi	61,3	▲	260,5	▲	32,2	▲	174,8	▲	5,7	▲	
Mali	36,6	▲	237,2	▲	29,5	▲	104,2	—	4,2	▲	
Mauretanien	83,9	▲	289,7	▲	93,4	—	k. A.		k. A.		
Mauritius	65,2	—	289,4	—	71,8	▼	81,1	—	23,3	▼	
Mosambik	100,4	▲	385,6	▲	107,6	▲	244,3	▼	13,1	—	
Namibia	47,1	▲	155,4	▲	58,4	▲	290,5	▲	k. A.		
Niger	55,1	▲	258,2	▲	36,1	▲	k. A.		k. A.		
Nigeria	28,4	▲	355,4	▲	12,2	▲	66,1	▲	8,3	▲	
Ruanda	40,7	▲	168,6	▲	59,0	▲	266,7	▲	12,5	—	
Sambia	72,4	▲	393,4	▲	73,7	▲	191,0	▲	14,6	▲	
São Tomé und Príncipe	81,3	▲	358,7	▲	58,8	—	242,9	—	4,5	▼	
Senegal	64,4	▲	344,8	▲	53,3	▲	k. A.		k. A.		
Seychellen	58,2	▼	154,2	▼	110,5	—	110,5	▼	k. A.		
Sierra Leone	71,3	▲	422,7	▲	46,1	▲	177,3	▲	11,0	▲	
Simbabwe	29,8	▼	288,8	▲	39,8	▼	238,6	▲	11,7	—	
Südafrika	56,7	▲	194,8	▲	50,6	▲	152,8	▲	19,9	▲	
Sudan	163,2	▲	2.362,6	▲	56,9	▲	421,6	▲	4,2	—	
Südsudan	43,8	▲	99,7	▼	38,0	▲	57,2	▲	8,8	▲	
Tansania	36,0	—	238,7	—	33,1	▲	207,3	▲	8,4	▲	
Togo	74,6	▲	306,8	—	33,3	▲	65,4	▲	4,9	▲	
Tschad	46,6	▲	291,9	▲	29,3	—	74,0	—	1,5	—	
Uganda	42,2	▲	269,9	▲	46,3	▲	218,2	▲	12,2	▲	
Zentralafrikanische Republik	48,5	▼	276,6	▼	32,7	—	219,5		3,8		
Lateinamerika, Karibik											
Antigua und Barbuda	88,1	▼	442,2	▼	k. A.		k. A.		k. A.		
Argentinien	86,3	▲	255,0	▲	56,1	▲	339,5	▲	45,0	▲	
Bahamas	61,0	▲	373,1	—	25,5	▲	74,1	▲	9,1	▲	
Barbados	124,5	▼	420,7	▼	32,7	—	79,5	—	6,6	—	
Belize	94,8	▲	316,6	▲	76,8	—	127,0	—	10,1	▲	
Bolivien	53,9	▲	173,1	▲	33,8	▲	126,2	▲	9,6	▲	
Brasilien	87,9	▲	280,7	▲	30,3	▲	185,6	—	31,7	▲	
Costa Rica	53,5	▲	392,2	▲	49,0	▲	131,6	▲	18,3	—	
Dominica	83,1	—	189,5	▼	55,3	—	161,8	▲	16,5	▲	
Dominikanische Republik	41,6	—	276,6	—	43,8	—	163,8	—	15,1	▼	
Ecuador	46,1	▲	127,2	▲	42,6	▲	180,8	▲	36,7	▲	
El Salvador	67,1	—	311,0	—	71,1	—	225,4	—	45,8	▲	
Grenada	63,1	▼	240,2	▼	58,8	▼	97,4	▼	8,4	▲	
Guatemala	24,5	—	233,2	—	29,0	▼	150,9	▲	26,7	▲	
Guyana	57,0	—	184,1	—	44,6	▼	86,7	▼	5,1	▼	
Haiti	33,0	▲	191,6	▲	22,8	—	119,7	—	1,2	▼	
Honduras	40,3	—	149,8	—	43,0	—	128,0	▲	27,5	▲	
Jamaika	99,4	▼	327,4	▼	108,0	—	268,2	▼	20,4	▼	
Kolumbien	50,5	▲	200,5	▲	42,3	▲	224,9	▲	40,8	▲	

Fortsetzung Tab. 1 - Überschuldungsgefährdete Länder weltweit (Stand 2018)

Indikator Länder nach Regionen	Öffentliche Schulden / BIP		Öffentliche Schulden / Staatseinnahmen		Auslandsschuldenstand / BIP		Auslandsschuldenstand / Exporteinnahmen		Auslandsschuldenstand / Exporteinnahmen		Risiko der Überschuldung laut IWF ²
		Trend ¹		Trend ¹		Trend ¹		Trend ¹		Trend ¹	
Mexiko	53,6	—	228,5	—	38,0	—	92,0	▼	11,9	—	
Nicaragua	37,2	▲	154,3	▲	90,7	—	207,4	—	19,0	▲	
Panama	39,4	—	200,4	▲	150,7	—	348,3	▲	k. A.		
Paraguay	21,6	▲	119,4	▲	39,9	—	108,2	—	15,7	▼	
Peru	26,8	▲	137,4	▲	31,3	▼	114,7	▼	12,2	—	
St. Kitts und Nevis	62,0	▼	169,0	▼	20,9	—	351,5	▲	k. A.		
St. Lucia	66,8	—	283,5	—	35,1	—	49,1	—	3,9	—	
St. Vincent und die Grenadinen	73,1	—	263,5	—	37,6	▼	101,6	▼	12,3	—	
Surinam	69,6	▲	305,3	▲	96,0	▲	139,0	▲	k. A.		
Uruguay	70,0	▲	225,6	—	67,8	—	248,5	▲	20,5	▲	
Venezuela	175,6	▲	2278,1	▲	149,0		k. A.		k. A.		
Nordafrika, Naher Osten											
Ägypten	92,6	—	448,7	▲	40,4	▲	187,9	▲	15,0	▲	
Bahrain	93,4	▲	431,2	▲	62,5		143,5		k. A.		
Iran	33,2	▲	234,3	▲	1,5	▲	5,3	—	0,8	▲	
Jemen	63,2	▲	1.650,1	▲	26,1	▲	k. A.		k. A.		
Jordanien	94,2	—	362,2	▲	76,1	▲	199,1	▲	14,1	▲	
Libanon	150,9	—	731,4	▲	145,1	—	348,5	▲	72,1	▲	
Marokko	65,2	—	249,8	▲	42,2	—	112,0	—	8,9	▼	
Oman	50,9	▲	144,5	▲	24,3		44,8		k. A.		
Tunesien	77,0	▲	294,8	▲	90,0	▲	173,8	▲	14,0	▲	
Europa, GUS											
Albanien	68,6	—	251,8	—	67,2	—	193,0	—	20,7	▲	
Armenien	48,5	▲	226,9	▲	87,5	▲	196,4	—	29,9	—	
Bosnien und Herzegowina	37,0	▼	86,1	▼	80,4	—	180,9	—	10,8	▼	
Georgien	44,5	▲	156,7	▲	110,6	▲	168,2	—	23,7	—	
Kasachstan	21,9	▲	107,4	▲	105,7	▲	225,7	▲	48,3	▲	
Kirgisistan	56,0	—	170,8	▲	103,0	—	307,3	▲	31,3	▲	
Moldawien	27,1	—	89,6	▲	61,3	—	164,7	▲	12,9	—	
Montenegro	72,1	▲	172,7	▲	142,4	—	290,5	—	63,6	▲	
Nordmazedonien	39,5	—	138,4	—	72,0	▲	112,5	▼	16,6	—	
Serbien	54,3	▼	131,0	▼	71,7	—	133,5	▼	22,3	▼	
Tadschikistan	47,9	▲	177,7	▲	67,7	▲	224,6	▲	22,0	▲	
Türkei	29,1	—	93,1	—	59,0	▲	193,9	—	36,7	▲	
Turkmenistan	29,3	▲	207,7	▲	2,3	▲	7,2		k. A.		
Ukraine	63,9	—	153,6	▼	89,6	—	161,3	—	20,7	▼	
Weißrussland	47,8	▲	119,8	▲	67,7	▲	90,4	—	13,5	▲	

¹ ▲ Anstieg um mehr als 10 Prozent; ▼ Rückgang um mehr als 10 Prozent; — Stagnation (Veränderung um weniger als 10 Prozent)

² □ niedriges Überschuldungsrisiko; ■ mittleres Überschuldungsrisiko; ■ hohes Überschuldungsrisiko; ■ zahlungsunfähig; □ keine Risikoeinschätzung durch IWF und Weltbank

Quellen: Weltbank: „International Debt Statistics 2020“, data.worldbank.org/products/ids?cid=EXT_WBpubsAlerts_P_EXT; IWF: „World Economic Outlook 2018“, www.imf.org/en/Publications/WEO, Artikel-IV-Berichte des IWF, www.imf.org/en/search?q=article%20IV%20Reports&sort=relevancy, und CIA: „World Factbook“, www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook.

MISEREOR

● IHR HILFSWERK

MISEREOR ist das katholische Werk für Entwicklungszusammenarbeit. Gemeinsam mit einheimischen Partnern unterstützt MISEREOR Menschen jeden Glaubens und jeder Kultur.

MISEREOR fördert Eigeninitiative

MISEREOR-Projekte fördern die Hilfe zur Selbsthilfe, sodass die Menschen nicht dauerhaft von Unterstützung abhängig sind. Daher berät und fördert MISEREOR Kleinbauern, setzt sich für Menschenrechte ein, bildet Jugendliche in zukunftsfähigen Berufen aus und unterstützt Kleingewerbe mit Mikro-Krediten.

MISEREOR baut auf Partnerschaft

Bei der Projektarbeit baut MISEREOR ganz auf seine lokalen Partner. Diese Organisationen, Gemeinden oder Selbsthilfegruppen kennen die Lage vor Ort am besten und genießen das Vertrauen der Betroffenen. Gemeinsam mit ihnen gestalten sie die Entwicklung vor Ort und werden dabei von MISEREOR beraten und finanziell unterstützt. So ist sichergestellt, dass die Projekte an die Bedürfnisse und Lebensweisen der Menschen angepasst sind.

MISEREOR redet den Mächtigen ins Gewissen

MISEREOR bekämpft nicht nur Armut, Hunger und Unrecht, sondern auch ihre Ursachen. Als politische Lobby der Benachteiligten hinterfragt MISEREOR das global vorherrschende Wirtschaftsmodell im Hinblick auf Armut und Menschenrechte, pocht auf entschiedenere Schritte gegen den Klimawandel und prangert ungerechte Gesellschaftsstrukturen in den Ländern des Südens an.

MISEREOR lebt vom Engagement vieler Menschen

MISEREOR steht für gelebte Solidarität mit den in Armut Lebenden: Engagierte Einzelpersonen und Gruppen, Pfarrgemeinden und Institutionen organisieren Solidaritätsläufe, Fastenessen und Wallfahrten, unterstützen Kleinbauern durch den Kauf fair gehandelter Produkte und fördern Entwicklungsprojekte mit Spenden, Schenkungen oder Erbschaften.



Das deutsche Entschuldungsbündnis „erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung e. V.“ setzt sich dafür ein, dass den Lebensbedingungen von Menschen in verschuldeten Ländern mehr Bedeutung beigemessen wird als der Rückzahlung von Staatsschulden. erlassjahr.de wird von derzeit über 600 Organisationen aus Kirche, Politik und Zivilgesellschaft bundesweit getragen und ist eingebunden in ein weltweites Netzwerk nationaler und regionaler Entschuldungsinitiativen.

erlassjahr.de will erreichen,

- dass arme Länder bei künftigen Schuldenkrisen in einem fairen und transparenten Verfahren Schuldenerlasse erhalten können – statt weiterhin von Gnade und Einsicht ihrer Gläubiger im Einzelfall abzuhängen;
- dass Auslandsschulden, die unter Missachtung internationaler Rechtsstandards zustande gekommen sind und die die Erreichung von international vereinbarten Entwicklungszielen verhindern, gestrichen werden;
- dass Standards für verantwortliche Kreditvergabe und Kreditaufnahme entwickelt und durchgesetzt werden, um die gemeinsame Verantwortung von Gläubigern und Schuldnern festzuschreiben.

Gemeinsam aktiv

Der Einsatz für faire Entschuldung wäre nicht möglich ohne die Unterstützung der Mitträgerorganisationen und vielen engagierten Einzelpersonen.

Gemeinsam tragen wir dazu bei, eine gerechte Lösung für Staatsschuldenkrisen zu erwirken.

SCHULDENREPORT 2020

eine gemeinsame Publikation von
erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e.V. und Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V.
www.erlassjahr.de [^] www.misereor.de